Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. 1919-1933
1931

27 (4.7.1931)

Visual Library

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a, Fernsprecher Nr. 6015. — Postscheckkonto: Verlag Nr. 12320 Nürnberg. Parteikasse: Postscheckkonto Nürnberg Nr. 3088. Reichsgeschäftsstelle der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands. — Druck: Werkbunddruckerei Würzburg.

ARBEITER- UND BAUERN-PARTEI DEUTSCHLANDS

Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatlich für Deutschland 0.80 RM., für das Saargebiet Fr. 4.50, für Österreich S. 1.40 ausschließlich Zustellgebühr. POSTVERLAGSORT WÜRZBURG Herausgeber u. verantwortlich: Vitus Heller, Würzburg.

Nr. 27 / 12. JAHRGANG — SAMSTAG / 4 JULI 1931 — EINZELNUMMER 20 PFG.

Die Verschiebung des Zusammenbruchs!

Brüning macht Politik mit der Hochfinanz gegen die Lebensmöglichkeit der Massen. — Das Elend der unteren Schichten soll durch außenpolitische Manöver verdunkelt werden. — Wallstreets Angst vor deutschem Konkurs. — Nur die soziale Revolution beendet die Not!

Die ganze Politik der letzten Woche, seit dem Eingreifen *Hoovers*, ist mit *außenpolitischen* Konferenzen ausgefüllt. Das deutsche schaffende Volk muß aufmerken, was eigentlich jetzt vorgeht! *Man will den unteren Schichten durch außenpolitische „Erfolge" Sand in die Augen streuen! Brüning* fährt nach *England*, *Stimson*, der amerikanische Außenminister fährt mit *Melon* nach *Paris, London* und *Berlin. Paris* will *Brüning* empfangen und *Mussolini* ebenfalls! Das „europäische Konzert" hat begonnen, unter der *Führung der Walstreet! Der Dollar beginnt, seine europäische Herrschaft anzutreten!*

Oder glaubt jemand, die *Amerikaner* hätten uns aus christlicher Nächstenliebe das Jahr der Zahlung geschenkt? Pardon

geschenkt ist dem deutschen Volke noch kein Pfennig.

Hoover will, daß wir die gestundete Summe *nach 25 Jahren zahlen*, also ein Jahr länger, als der Youngplan vorsieht. *Frankreich* verlangt die Nachzahlung schon *nach fünf Jahren*. Es ist der ganze Hooversche Plan also vorläufig noch nichts, als eine kurze Atempause, als

eine Hinausschiebung des Konkurses.

Amerika handelt aus *egoistischen, kapitalistischen Interessen heraus*. Amerika sah den nahenden Bankrott Deutschlands. Damit waren die *amerikanischen Anleiheschulden* direkt gefährdet. Gefährdet war weiter der *amerikanische Absatz* in Deutschland, bei seiner gesunkenen Kaufkraft für den amerikanischen Export. Diese kapitalistischen Interessen also waren es, die Hoovers „große Geste" bestimmten. Und deshalb setzt sich Hoover so nachdrücklichst für strikte Durchsetzung ein. Darum reisen seine Minister nach Europa.

Es geht um Sicherung für die Milliarden Dollars, es geht um die weitere Unterbringung neuer Anleihen und Verpflichtungen an Zinsen, es geht um neue Absatzmärkte für die amerikanische Schwerindustrie. Und es geht Hoover auch darum, für die Präsidentschaftswahl ein gutes Wahlfeld zu haben.

Kann der Plan wirkliche Hilfe für Deutschland bedeuten?

„So nahe stand Deutschland am Abgrund, daß die Reichsbank gezwungen gewesen wäre, jeden Kredit einzustellen. Industrie und Handel wären nicht mehr in der Lage gewesen, Löhne auszuzahlen, Staat und Städte hätten keine Gelder gehabt, ihre Gehälter zu zahlen".

So stand es!

Und wie wirkt die Hooversche „Geste"?

Zunächst brachten sie eine Erleichterung. Wir rechnen aber nur ein Anhalten der Atempause *bis zum Winter!* Dann bricht die Krisis noch viel stärker hervor! Das muß jeder wissen, der die Lage und ihre Ursachen und Zusammenhänge wirtschaftlich kennt.

Zunächst: Wir betonten immer, daß es falsch ist, und nochmals falsch,

die Ursache der Krisis in den Reparationen zu sehen!

Sie erschweren die Lage, beschleunigen den Prozeß, aber sie sind nicht *die Ursachen!* Englands, Amerikas Krisen und Arbeitslose beweisen das. Auch bei überfüllten Kassen und riesigen Goldreserven geht die Wirtschaft nicht mehr! Das liegt am *Gesamtsystem privatkapitalistischer Bewirtschaftung!* Dieses System hat Ueberfülle, hat Ernten, die die ganze Menschheit reich, überreich mit Lebensmittel versorgen könnte, hat Rohstoffe, die noch nie so günstig zu haben waren, wie jetzt, hat Technik bis zum letzten Raffinement gesteigert — aber es hat

jenes Gesetz, das mit der Profitwirtschaft von der Zahl den größten Teil zu nimmt, zusammenhält, unproduktiv gestaltet, Konsum und Produktion damit immer mehr verengt!

Schon die 1500 Millionen sind keine restlose Erleichterung. Davon werden schon mal

die Sachlieferungen von 660 Millionen

abgestrichen werden dürfen. Werden auch diese abgestrichen und eingestellt, so *vermehrt* das sogar *die Arbeitslosigkeit!*

Es werden nur *der Staatskasse 1 Milliarde Erleichterungen* gebracht. Aber was ist das? Eine Milliarde? Wir wetten, daß wir in einigen Monaten wieder, trotz des Nachlasses, eine Milliarde *Defizit* in der Reichskasse haben. Denn *alle Notverordnungen* können von den verarmten Volksmassen, die heute 80 Proz. des ganzen Volkes ausmachen, nicht mehr herauspressen. Ein ausgepreßter Schwamm gibt keinen Tropfen mehr her! Mehr als die Hälfte der deutschen Produktionskraft liegt brach. Woher Steuern nehmen, Reichseinnahmen, woher Finanzen „sanieren"?

Die ganze Aktion ist nicht einmal imstande, *das als das System noch um ein paar Monate zu galvanisieren und zu beleben,*

um die Dollars der Walstreet zu retten!

Die ganze Aktion ist nicht einmal im Stande, *das laufende Defizit des Reichssäckels zu decken*, geschweige denn, daß *die Wirtschaft und Produktivität* der deutschen Wirtschaft auch nur einen Pfennig erwarten dürfte!

Und im Winter haben wir nicht fünf, sondern *sechs oder sieben Millionen Arbeitslose!*

AUS DEM INHALT:

Brüning, warum holten Sie hier kein Notopfer? — Immer weniger Kinder, Brüning sorgt dafür! — Kleinigkeiten — Keine Arbeitslosigkeit — 60 % Lohnabbau und dann Zusammenbruch — Notverordnung und Kriegsopfer — Ein Ostpreußenprogramm der Ostpreußen — Du solltest Opfer sein (Fortsetzung) — Was den Kranken geraubt wurde — Riesenskandal in der Hitlerpartei — Der großen Abrechnung entgegen — Kommunalpolitik — Aus der Bewegung.

Ist dann, Herr Brüning, Herr Stegerwald — eine neue „Notverordnung" gefällig?

Wir können warten!

Die deutsche Revolution und ihre Kräfte stehen gut!

Nur sie können ein Ende machen mit dem ganzen Spuk! *Nur sie können eine endgültige Lösung der ganzen deutschen Not bringen!* Dann gibt es keine Ministerreisen ins Ausland und keine Bettelbriefe Hindenburgs, den die Reichsregierung bis heute dem deutschen Volke nicht vorzulegen wagte — dann steht *ein Volk der Arbeiter und Bauern auf* und *nimmt seinen Boden, seine Fabriken, sein Geld und Gold, seine Banken, und auch seine Regierung in seine Hand!* Und *dann* wollen wir mal sehen, ob es *nicht radikal anders geht!* V. H.

Brüning mit der Hochfinanz gegen das Volk.

Wie jetzt Minister reden!

Brüning warnte am Radio das deutsche Volk vor jener **Illusion**, daß mit dem Hooverschen Plan nun alles besser werde. Das war seine **vernünftigste** Rede! Man muß das deutsche Volk wirklich **warnen**, diese Hoffnung zu haben.

Schauderhaft ist diese Regiererei! Die mächtigsten Bankkönige wenn am Ruder säßen, könnten es nicht **kapitalistischer und reaktionärer** machen. Man muß sich nur über einen wundern. Daß ein Stegerwald noch vor Arbeitern die Notverordnungen verteidigen **kann!** Daß ihm Arbeiter noch **zuhören!**

Dietrich läßt die Katze aus dem Sack: **Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die müssen wissen, daß Not ist! Die** müssen es „tragen"! **Die Unternehmer müssen geschützt, gestützt werden, die dürfen nicht mit Lasten belegt werden!** So grausam hat es noch keiner gewagt, das den Massen als Hohn noch zum Elend ins Gesicht zu schleudern: Ihr seid verdammt, Sklaven zu bleiben!

Die Notverordnung, so sagen sie, sei die „letzte Möglichkeit" gewesen. Wie ein neuer **Hohn** klingt das, wenn das Volk weiß, was in Deutschland heute gegenüber der grausamen Not in den breiten **Massen**, auf der anderen Seite an **Luxus und Reichtum und Kapital und Millioären** dasteht! Es war richtig, daß **die Bankiers** auf ihrer Tagung **Brüning zujubelten!** Das Volk jubelt ihm **nicht** zu! **Die Bankiers! Die Geldleute! Die keine Last tragen**, mit dem Zinstribut das Volk aussaugen, die **Millionen ins Ausland schaffen!** Denen es gleich ist, ob eine englische Textilindustrie zugrunde geht, wenn sie an der Verschaffung von Spindeln nach Indien und China mehr verdienen. Denen es gleich ist, ob deutscher Erzbergbau im Siegerland stillsteht und deutsche Bergarbeiter nach Kanada auswandern, wenn sie das Eisen von Kanada billiger bekommen! Denen es gleich ist, ob Millionen deutscher Arbeitsloser nicht genügend **Brot** haben, und die Roggenstützungsaktion **Millionen Zentner deutschen Roggens** verfaulen ließ, wenn dabei riesigfach verdient wurde!

Gab es wirklich keinen anderen Weg, als die Aushungerung der Allerärmsten? Mußte gerade bei **den Schwächsten gespart**, bei den Elendesten neue Einnahmen geholt werden? Gibt es in Deutschland sonst nichts mehr, das **verzichten, das zahlen könnte**, als die **Arbeitslosen, die Mütter, die Kriegskrüppel** und **die kleinen Beamten** und **Arbeiter?** Woher kommen die **600 bis 900 Millionen Bankeinlagen** im Monat? Können **diese** Leute, die solche Bankeinlagen machen, nicht **eher** zahlen, als ein **Kriegsbeschädigter** verzichten?

Warum hat Brüning den **Bankaktiengesellschaften**, die Riesengewinne machen, die Steuern noch gesenkt? Warum hat die Regierung Brüning nicht die **Einkommen über 20 000 Mark** im Jahre belastet? Warum hat die Regierung Brüning von den **Direktoren der Aktiengesellschaften**, die bis 600 000 Mark Einkommen haben im Jahre, nicht „große Opfer" geholt? Warum hat Brüning nicht von den **5000 Millionären Deutschlands** „große Opfer" zur „Rettung" herangezogen. Warum hat Brüning die **Thyssen, Krupp und Klöckner** etc. nicht gepackt? Warum hat er die **Tausende von Aufsichtsräten**, die ihre hohen **Tantiemen** einstecken, nicht belastet, deren Einkommen in die zehntausende im Jahre gehen? Warum hat er nicht bei **seinem eigenen Einkommen**, dem **seiner Minister, der Gesandten im Auslande**, den **Ministerialräten** und **Polizeipräsidenten** Abstriche gemacht, damit diese die „deutsche Not" mitfühlen und mittragen? Oder bei den **Riesengehältern der Generäle, Admiräle** usw.? War diese „Notverordnung" wirklich der „letzte Ausweg"? Nein, tausendmal nein! Sie ist nur der **Ausdruck der brutalsten Herrschaft jener Mächte, die den Kapitalismus tragen, denen Profit über alles geht** und die in der Wirtschaft und im Staate nicht **Dienst am Menschen**, sondern **Profit** sehen! **Barbarischer, heidnischer, ungerechter** kann man unter einem Volke nicht die Lasten verteilen, als es heute geschieht! Über **diese Tatsachen** helfen **keine** staatspolitischen Phrasen hinweg! Niemand, der noch **einen** Funken von **sittlichem Empfinden** und von Empfinden für den letzten Rest von **Gerechtigkeit hat, kann verstehen, wie man jene Kreise nicht heranzieht,**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Kleine Wochenpolitik.

Reichskanzler Dr. Brüning sprach im Deutschlandsender über die Notverordnung und über die Bereitwilligkeit einer deutsch-französischen Verständigung. — Die französische Regierung hat daraufhin den Kanzler und Dr. Curtius zu einer Aussprache nach Paris eingeladen. Der Besuch der deutschen Minister soll im Juli erfolgen.

Die Banken von England, Frankreich, die Federal Reservebank und die BIZ. stellten der **Reichsbank** einen **Kredit** von 100 Mill. Dollars zur Verfügung.

Das **Reichsbanner** will die diesjährige Verfassungsfeier in **Koblenz** zu einem Friedenstreffen im Sinne der deutsch-französischen Verständigung ausgestalten.

Der **Berliner Vertrag** zwischen **Deutschland** und der **Sowjetunion** ist bis 1933 verlängert worden.

In **Baden** erfolgte die Erweiterung der Regierungskoalition. **Die Volkspartei** hat das Finanzministerium übernommen.

Der Landtag von **Mecklenburg-Strelitz** hat den Anschluß an Preußen abgelehnt.

Der **nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete,** Studienrat **Loepelmann,** wurde wegen fortdauernder Beschimpfung und Beleidigung der Reichs- und Landesminister mit Dienstentlassung bestraft.

„Der Führer“, das Organ der badischen Nationalsozialisten, ist wieder auf die Dauer von 4 Wochen verboten worden.

Schacht ist Mitglied der Hitler-Partei geworden.

Der **Berliner Polizeipräsident** hat das **Verbot** der kommunistischen Spartakiade vom 4.—12. Juli zurückgezogen.

Die Zahl der **Arbeitslosen** betrug am 15. 6. rund 4 Millionen.

Die Zahl der Arbeit suchenden **Bergarbeiter** im Ruhrgebiete beträgt über 90 000.

Die **Kürzung** der **Arbeitslosenunterstützungen** soll vom 13. Juli an in Kraft treten.

Die **Kasseler Bäcker** haben eine 8%ige Brotpreiserhöhung beschlossen.

Der **Zechenverband** hatte den vom Schlichter gefällten Schiedsspruch, der das bestehende Lohnabkommen bis zum 30. 9. 31 wieder in Kraft setzt, abgelehnt. Jetzt hat der Reichsarbeitsminister den Spruch für verbindlich erklärt.

Krupp hat einen Stillegungsantrag gestellt, wodurch wieder 450 Arbeiter zur Entlassung kommen sollen.

Zwischen der **Duisburger Ruhrorter** Hafen-A.-G. und den Gewerkschaften wurde eine Einigung zwecks Vermeidung von Entlassung von Arbeitern durch Einführung der **40-Stundenwoche** erzielt.

In **Hamburg** wurde ein Schiedsspruch gefällt, der für die **Binnenschiffer** der Elbe einen 10%igen Lohnabbau vorsieht.

Die **Reichsbiersteuer** brachte i. J. 1930 rund 473 Mill. Mark. Für 44 Mill. Mark wurden i. J. 1930 alkoholische Getränke aus dem Auslande eingeführt.

In **Köln** wurde die Ausstellung „Grubensicherheit“ eröffnet.

*

England und **Italien** haben **Hoovers Vorschlag** ohne Vorbehalte angenommen, während Frankreich auf die ungeschützte Summe nicht verzichten will, die in Form eines Kredits wieder zurückgegeben werden soll. Die Verhandlungen zwischen dem in Paris weilenden Schatzsekretär Mellon und der französ. Regierung dauern an.

Die **französische Kammer** hat mit 386 : 189 Stimmen die Regierung ermächtigt, mit der amerikanischen Regierung zwecks Abschluß eines endgültigen Abkommens die Verhandlungen weiterzuführen.

Der **deutsch-rumänische Handelsvertrag** wurde unterzeichnet.

In **Sevilla** hat sich die Fliegertruppe unter Führung Francos gegen die Regierung erhoben. Der Aufstand ist bereits unterdrückt.

Auf der **Pariser Kolonialausstellung** ist der niederländisch-indische Pavillon vollständig verbrannt.

Die **Wiener Universität** wurde infolge nationalsozialistischer Gewalttätigkeiten vom Rektor bis auf weiteres geschlossen.

Polnische und **tschechische Militärflugzeuge** sind wieder über deutsches Gebiet geflogen.

Der frühere **Präsident** Frankreichs, **Fallières,** ist im Alter von 90 Jahren gestorben.

In **Bulgarien** haben die Kommunisten 30 neue Mandate gewonnen.

★

Immer weniger Kinder.

Brüning sorgt dafür!

Wir lesen in der Zentrumspresse: „Schon jetzt kann man mit Bestimmtheit feststellen, daß für das Jahr 1931 die Geburten weiterhin beträchtlich zurückgehen werden. Nach einer Statistik in der „Frkf. Ztg.“ betrug die Geburtenziffer in den deutschen Großstädten auf das Jahr umgerechnet gegenüber dem jeweiligen Monat des Vorjahres im Januar 1931 ein Weniger von 0,6, im Februar von 1,7 und im April schließlich von 2,0. Die Geburtenbewegung dürfte auf dem Lande und in den Städten ähnlich sein. Während die bisher verzeichneten Geburten noch aus einer Zeit mit unverändert hohen Eheschließungen stammten, treten wir nunmehr in eine Periode ein, in der die rückläufige Heiratslust sich obendrein noch geltend machen wird.“

Jawohl! So sieht das Heil von Brünings Notverordnungen aus. Und die Zentrumsmacht darf damit rechnen, daß der Abrutsch noch lange nicht zum Stillstand gekommen ist. Man soll nur die Notverordnung sich praktisch auswirken lassen — wieviele Kinder es dann noch zu taufen und zu zählen gibt! Das ist die vielgepriesene „Rettung der christlichen Familie“, die auf allen Katholikentagungen in Reden und Papier gemacht wird!

welche die Hauptschuld an dieser Notzeit tragen, **die Industrie- und Bankkreise!** Niemand versteht, warum die Brüning und Stegerwald **den letzten Arbeitslosen und Kriegskrüppel** treffen, **den letzten kleinen Beamten, dem letzten Kinde** das Stücklein Brot vom Munde nehmen und damit den **Geburtenrückgang** staatlich weiter erzwingen, aber warum **ein Bankdirektor und Industriedirektor nicht stärker belastet werden soll!**

Nein, so kann die Politik nicht weiter gehen! Geht sie weiter, so kommt eben der Zusammenbruch noch rascher!

Die Brüningpolitik sieht der militärischen Politik Ludendorffs vom Sommer 1918 verdammt ähnlich, wo alles auf eine Karte gesetzt wurde zum letzten Sturm, die letzte Kraft verbraucht wurde und dann Versailles um so sicherer und furchtbarer kommen mußte.

Die Regierung Brüning wird einmal sich sagen lassen müssen, daß sie für Deutschland war, was die **Kerenskyregierung für Rußland** oder die **Regierung Ludwigs XVI. für Frankreich!** Ihr folgen zwar nicht Lenin und Robespierre, aber die **deutsche Volksrevolution!**

Brüning, warum holten Sie hier keine Notopfer?

Wo bleiben die Bettelbriefe an die Großpensionäre?

Die sämtlichen Notverordnungen der Regierung Brüning haben bis heute noch **keinen von den Geldsackbesitzern, keinen von den hohen Gehaltseinkommensbeziehern** und **Besitzern der großen Millionenvermögen** zur Notsteuerung erheblich herangezogen, oder zur Sanierung der Finanzen belastet. Noch keine Regierung Deutschlands ging **derart brutal und blind** an den **Reichen** vorbei und legte derart die **Lasten auf die schwächsten, unteren Schichten,** wie die **Brüningregierung!** Es scheint, als ob sie das **schwächste, willenloseste Werkzeug der Monopolmächte, der Hochfinanz und Bankwelt und der Ministerial- und Geheimräte** sei, die jemals ein Volk gehabt hat! Die Gesamtlage unseres Volkes rechtfertigt **keine einzige dieser Notverordnungen!** Denn es ist **noch genug Geld in Deutschland** da, es sind noch **genug Kostgänger** [illegible] **anzen da,** [illegible] sind noch **gen**[illegible] **M**[illegible]**chen in Deutschland da,** die zur Hebung der Finanznot des Reiches hätten beitragen können, **ohne** daß sie deshalb einen Laib Brot hätten einsparen oder gar Not leiden müssen! **Die Regierung Brüning treibt mit Staatsgewalt zur letzten Verproletarisierung der breiten Volksmassen!**

Wir greifen nur **eines** heraus: Die Notverordnung hat die **Großpensionäre** mit ihren Riesenpensionen nicht angetastet. Man sagte, die **„Verfassung“** lasse es nicht zu. Dabei wendet man die Verfassung nur an, wo es um die **Großen** geht. Den Millionen Menschen unten garantiert die gleiche Verfassung auch ein lebensmögliches Dasein! Warum ging es, trotz dieser Verfassung, den Reichstag auszuschalten? Warum ging es, außenpolitische Aktionen zu machen, ohne die Volksvertretung? Warum ging es, den Kriegsopfern die Renten zu beschneiden, den Arbeitslosen ihre Rechte zu nehmen, die Jugendlichen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen zu lassen, ohne ihnen die Leistungen der Versicherung zu geben? Ist das nicht auch verfassungswidrig? Ist das nicht sogar gegen das BGB., gegen „Treue und Glauben“? Verstößt das nicht direkt gegen die „guten Sitten“?

Bei den **Großpensionären** wollte die Reichsregierung **Briefe** hinausgeben und sie bitten, **„freiwillig zu verzichten“.**

Sage, betrogenes deutsches Volk, **wann ist ein Versprechen dieser Regierung eingelöst worden?** Von dem Versprechen vor der Wahl, Arbeit durch Aufträge der Post und Bahn zu schaffen, bis zu dem Versprechen, die Großpensionäre, die nicht freiwillig verzichten, öffentlich vor dem Volke an den Pranger zu stellen? Habt ihr gelesen und gehört, daß die Regierung auch nur **einen Brief** abgesandt hat? Bis heute nicht einmal **das!**

Wann kommen die Einschreibebriefe an folgende Herren:

Folgende Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes beziehen z. B. Pensionen:

Richard v. Kühlmann 21 216 M., Paul v. Hintze 24 960 M., v. Jagow 22 152 M., Arthur Zimmermann 23 712 M., Dr. W. Solf 13 860 M.

Folgende preußische Kriegsminister a. D. erhalten an Pension:

v. Einem 24 960 M., v. Goßlar 24 960 M., Scheüch 24 960 Mark, v. Stein 24 960 Mark.

Die Kolonialminister: Dernburg 17 784 M., v. Lindequist 22 464 Mark.

Die Generäle: Mackensen, Linsingen, Kluck, Kuhl, Below, Kressenstein, Ludendorff, Sanders, Schoch, Xylander, Plessen usw. je 16 983 Mark.

Man vergleiche, um den Unterschied begreifen zu können, damit die Pension, die der französische Marschall **Joffre** erhielt. Seine Pension betrug nach deutschem Gelde 6000,— Mark!

Aber auch die Nachkriegszeit, als die Minister etc. aus den Abgeordneten hervorgingen, hat schwer gesündigt. „Wahrheit und Recht“ führt folgende Pensionen an:

Dr. Scholz 13 368 Mark (außerdem erhält er als Oberbürgermeister noch eine Pension von 9720 Mk.), Johann Becker 22 152 Mark, Reichminister Moldenhauer 30 000 Mark, Hans v. Raumer 15 912 Mark, Dr. Albert Neuhaus 20 904 Mark, Erich Emminger 19 032 Mk., Otto v. Schlieben 16 860 Mark, Dr. Heinr. Albert 21 840 Mark, Dr. v. Rheinbaben 15 921 Mark, Reichskanzler Cuno 18 000 Mark (neben einem Generaldirektor-Gehalt von 600 000 Mark).

Insgesamt sind es 1856 Minister, Staatssekretäre, Generäle, Admiräle, die an Pensionen und Wartegeldern **23 095 000 Mark** beziehen.

Zu diesen Herren kommt noch **eine ganze Reihe.** Wir werden in der nächsten Nummer **die Namen fortsetzen.** Darunter sind eine ganze Menge von **früheren Generälen,** die jetzt auf Stahlhelm- und Hitlertagen auftreten mit dem Klempnerladen auf der Brust und die **neben der Pension über 10 000 Mark im Jahre noch vielfache Aufsichtsräte in allen möglichen kapitalistischen Monopolkonzernen, Banktrusts usw. sind.**

Wohl verstanden, das alles sind nur die **Großpensionäre des Reiches.** Dazu kommen dann die **Großpensionäre der Länder, der Kreise, der Gemeinden,** Oberbürgermeister etc. **Viele, viele Millionen** sind es, die **wenige Menschen** in Deutschland beziehen. Wir finden das in keinem einzigen Lande der Welt mehr! Diesen wenigen mit vielen Millionen stehen **90 Prozent unseres Volkes gegenüber mit einem Einkommen, das nur den sechsten, ja den zehnten Teil einer Pension eines solchen „Göttersohnes“ erreicht!** Man hat trotz Reparation, trotz wachsender Volksnot aus dem Vollen gewirtschaftet, daß das arme Volk es nun heute auf der anderen Seite mit letzter Engerschnallung des Hungergürtels büßen soll!

Wir wollen nur noch einige Zahlen nennen: Für Neubau **von Finanzämtern,** für den vor 1913 überhaupt kein Fond bestand, geben wir im Jahre **18 Millionen** aus. Haben wir denn nicht genug Finanzmäter? **Die Finanzverwaltung** kostete 1913 97 Millionen, heute **519 Millionen!** Man holt ja die Steuern pfennigweise bei den ärmsten Massen, statt sie tausendweise dort zu holen, wo das Geld zu holen wäre. Man legt ja die Lasten auf das letzte Bedarfsstück, das das Volk braucht, vom Bier zum Tabak, zum Brot und Salz, Kaffee und Zucker bis Zündholz und Schuh. Kein Wunder, daß dazu ein ungeheurer Apparat notwendig ist, der aber nichts einbringt!

Der Reichstag kostete 1913 3 Millionen, **heute 15 Millionen.** Und was tun die „Volksvertreter“ mit ihren 9000 Mk. Diäten, da sie Brüning einfach wie Luft behandelt und nur gut bezahlt, damit sie fein brav sind?

Das Auswärtige Amt kostete uns 1925 noch 32 Millionen, **unter Brüning aber 68 Millionen! Die deutsche Außenpolitik kostet beinahe das Doppelte, wie die englische** mitsamt ihrem großen Kolonialreich!

Brüning aber geht an all dem vorbei und kürzt die Pfennigbezüge der 4 Millionen Arbeitslosen, die Hungerrenten der Kriegskrüppel, die Kinderrenten der Kinder!

Einfach: Unmenschlich, grausam, tyrannisch!

Um den Dollar!

1 Milliarde Kursgewinne hatten die Amerikaner, als die Hooverschen Vorschläge in Europa—Deutschland einen Jubel auslösten, der durch nichts berechtigt war. Börsen, Aktienkurse, Warenmärkte sind in Bewegung geraten. Die Kurve der Kurse ging mächtig aufwärts, und dabei haben die Amerikaner bis heute schon über eine Milliarde Mark verdient. Das nennt man Politik und Geschäft! Zuerst macht man ein großmütiges Angebot, den Deutschen zu helfen, stellt sich als Retter dar, bringt Europa durcheinander, spielt England und Deutschland gegen Frankreich aus, um dann ungestörter dann sich auf Deutschland stürzen zu können — nicht mit Bajonetten, sondern mit Kursen und Rubeln — und verdient obendrein noch eine hübsche Summe! Die Walstreet weiß Geschäfte zu machen! Die eine Milliarde, die den Deutschen gestundet werden soll, hat sie pränumerando bereits ausgezahlt erhalten in Form von riesigen Kursgewinnen. Und wer bezahlt diese? Na, Brüning hat dafür gesorgt, daß sie die armen Teufel bei uns bezahlen müssen!

Ein Führer!

„Ihr seid mir schöne Republikaner!“ Ein Hauptrepublikaner will **Dr. Wirth** sein! Seine Wandlung zum Zentrum, zum Zentrum, gegen Stegerwald und mit Stegerwald, Hand in Hand mit Loebe und Severing und gegen die „Marxisten“ mit Treviranus und Brüning kennen wir. Nun wird bekannt, daß ausgerechnet Dr. Wirth es war, der von Severing verlangte, daß der verbotene **Sporttag der Hitler-G**[illegible]**er-Leute** in Berlin stattfinden dürfe. Ebenso war es Dr. Wirth [illegible] sein Eintreten den Ausschlag gab, **den Remarquefilm zu verbieten.** Nun, da der Film wieder **zugelassen ist,** schreibt die „Germania“, das Zentrumshauptorgan: „Die Katholiken Berlins haben zu zweieinhalb Tausenden gestern bei der ersten Aufführung die Antwort auf die Unflätigkeiten gegeben: Stumm, ergriffen saßen sie vor dem Film, der eine (nicht einmal die ganze) Realität des Krieges wiedergibt, der nicht eine „viehische Totenschändung“, sondern das Lied auf treue Kameradschaft inmitten der Unmenschlichkeit des Krieges ist. Diese Unmenschlichkeit des Krieges, deren erschütternde Schilderung auch die gestrigen Zuschauer gegen den Krieg stimmte, ist natürlicherweise den Nationalsozialisten unbequem.“ Sehr richtig, liebe „Germania“. Wir haben selbst noch keinen Film von derartiger Größe und seelischer Eindringlichkeit gesehen, wie gerade diesen Film und von einer derartigen Realität der Wahrheit! Und wir haben es als eine Kulturbarbarei betrachtet, daß Deutsche, um solchen Film zu sehen, um die Wahrheit zu sehen, über die Grenze müssen. Wir haben erst gemerkt, was für eine Schweinerei und Barbarei und „viehische Schändung“ die nationalsozialistischen Weisemäusekriege gegen diesen Film gewesen sind. Diesen Film müßten unsere Schulen sehen, er müßte pflichtgemäß an unseren Universitäten aufgeführt werden und vor allem unsere Staatsmänner müßten verpflichtet werden, ihn auf sich einwirken zu lassen, vor allem unser Brüning und Groener! Auch dem alten Hindenburg würde es nicht schaden und den Stahlhelmführern! — Aber, liebe „Germania“, die größte „Untat“ war es doch, daß gerade dieser Film verboten wurde und zwar verboten wurde, weil die republikanische Reichsregierung, das Ressort Dr. Wirth, das Machtwort gesprochen hat. War auch diese Wahrheit der Reichsregierung „unbequem“? Es ist gut, wenn die Katholiken Berlins den politischen Führern des Zentrums die Quittung dafür geben — nicht nur den Nationalsozialisten!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kleinigkeiten.

Für Denkfaule: Die Zahl der deutschen A.-G. war 1925 19 000 mit 19 121 Millionen Kapital, 1930 noch 10 070 mit 24 180 Millionen Kapital. Wer hat je gehört, daß den Kapitalisten der Zusammenschluß verboten wurde, daß ein Unterschied zwischen christlicher und neutraler A.-G. gemacht wurde? Mit diesen Mitteln verhindert man nur das dumme Volk, einig zu werden gegen seine Ausbeuter, die sich immer mehr zusammenschließen, während man das Volk schlau auseinanderhält. — „Divide et impera: trenne und herrsche!"

Lebensstandard der Arbeiter. „Die Arbeiterschaft hat zum größten Teile ein Arbeitseinkommen von 40—100 Mark." Arbeiter aber müssen das einzige, was sie haben, ihre Arbeitskraft, um diesen Preis verkaufen, daß jene Nutznießer dieser Kraft zu gleicher Zeit in Zürich 1800 Villen bauen konnten, nämlich deutsche Kapitalisten. Den Schweiß der deutschen Volksgenossen schleppen sie obendrein noch ins Ausland. Sie haben ja nur ein Vaterland: das Geld. Abgeordneter Konrad, warum bleibt Ihre Logik bei diesen Tatsachen stehen? Notverordnung???? Das ist nach Abg. Konrad „11 Prozent Diktatur". Aber warum vergißt man beizufügen: Gegen das Volk, Diktatur mit Hilfe der Partei, zu der Abg. Konrad selbst gehört. Diktatur von einem Mann, der als Retter angepriesen wurde in allen Blättern der BVP. Diese unsittliche Diktatur geht von einem Christen aus. Wo bleibt die Konsequenz? Wir danken für starke Worte von Männern mit schwachem Gewissen!

Will das Herr Brüning? „Das deutsche Volk wird den Stand seiner Lebenshaltung wohl bewahren und einfach auf seine Kinder verzichten." Die Notverordnung wird das böse Wort Clemenceaus von den „20 Millionen Deutschen zu viel" verwirklichen helfen auf die traurigste Art. Wenn andere das tun würden? So legt man die Axt an die Wurzel des Volkes zugunsten einer Herrenschicht. Die Geschichte wird keinen ehrenvollen Namen für solches Tun geben.

Wirtschaft. In Bayern wurden in dem verflossenen Jahre 1546 Betriebe mit 77 169 Arbeitern ganz oder teilweise stillgelegt. Die Zahl hat gegen das Vorjahr um 67 Prozent zugenommen. Wenn von den acht Regierungspräsidentenstellen sechs stillgelegt worden wären, wäre dem Volk ein Dienst erwiesen worden, aber diese Stellen sind wichtig für die Parteien als wertvolle Futterplätze für Gesinnung.

Willkür. Die Kartelle und Syndikate können nicht genug faseln vom „freien Spiel der Kräfte", das unsere Rettung sein soll. Wie der Segen dann erst für gewisse Taschen aussehen würde, zeige das folgende: Der Oberbayerische Ziegeleiverein hat der Landespreisstelle berichtet, daß 1000 Ziegelsteine nicht unter 48 Mark abgegeben werden könnten. Wenige Tage später verkaufte man zu 28 Mark, natürlich nur um eine Konkurrenz totzumachen. Verdienstspanne ist genau so interessant wie die Methode gegen ehrliche Unternehmer.

Italien. An der Peterskirche in Rom standen vor einigen Tagen in roter Farbe die Worte: „Tod dem Papste!". Die Faschisten entpuppen sich, da sind die Gottlosen wenigstens von vornherein offen und ehrlich. — Dazu: Im Falle der Mobilisierung sind auch die Frauen und Minderjährigen über 16 Jahren in Italien zur Verfügung der Nation verpflichtet!

Und diesen Geist hat man nicht früher im Vatikan zu unterscheiden gewußt?

Sind deutsche Gesandte zum Vertollen deutscher Gelder da?

Mit leider fast dreijähriger Verspätung übergab jetzt der Rechnungshof des Deutschen Reiches dem Reichsrat den Nachtrag zu seiner Denkschrift über die Haushaltsrechnung des Jahres 1928. Wenn sie auch schon etwas veraltet anmutet, so dürfte den aufs äußerste geplagten Steuerzahler noch interessieren, was sinnlos mit seinem Gelde geschah. Er höre und staune:

Für den Umzug des deutschen Gesandten nach Bogota wurde die horrende Summe von 81 870 Mk. ausgegeben. Der Umzug eines Beamten zwischen zwei Orten am Mittelländischen Meer wurde einer hamburgischen Speditionsfirma übertragen, die eigens einen Möbelpacker von Hamburg nach dem Wohnsitz des Beamten entsandte, so daß nur für diesen Posten der Reichskasse Ausgaben in Höhe von rund 2000 Mk. entstanden. Bei einem Gesandtenwechsel verursachen die Arbeiten in der Gesandtenwohnung Kosten von 11 960 Mk., obwohl die Wohnung zwei Jahre vorher neu instandgesetzt worden war. Begründet wurde diese Ausgabe damit, daß die Herrichtung der Wohnung ein „notwendiges Zugeständnis an den Stil der gelieferten reichseigenen Möbel" gewesen sei. Besonders kraß liegen auch die Fälle, in denen für zwei Botschaften und eine Gesandtschaft Lakaienlivreen im Betrag von 10 200 Mk. beschafft wurden.

Notverordnung und Kriegsopfer.

Mit der Notverordnung ist die Versorgung der Kriegsopfer auf einen Tiefstand gebracht worden, der sich angesichts der ungeheuren Opfer an Gut und Blut gerade in diesen Kreisen durch nichts rechtfertigen läßt. Es ist recht zweifelhaft, ob die auch von dem in Kriegsopferfragen führenden Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter geforderte Einberufung des Reichstages erfolgt. Regierungsseitig ist man bestrebt, durch Hinweis auf vorzunehmende Milderungen der Notverordnung den Reichstag auch weiterhin auszuschalten und weiter der ungeheuren Erregung im Volke entgegenzuwirken. Um für alle Fälle gerüstet zu sein, ist — wie uns der Pressedienst des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener mitteilt — allen Fraktionen des Reichstages von dem genannten Verband eine Petition übermittelt worden, in der darauf hingewiesen wird, daß

1. der Fortfall des Rechtsanspruchs auf Versorgungsheilbehandlung für anerkannte Leiden,
2. die Kürzung der Renten durch wesentliche Minderung der Ortsklassenzuschläge,
3. der Entzug des Kinderzuschlags für das erste Kind bei Erwerbsunfähigkeit,
4. die Kürzung der Versorgungsgebührnisse bei Einkommen aus öffentlichen Mitteln von über 210 ℳ um die Hälfte des diesen Einkommen übersteigenden Betrages (Fortfall der Renten bis zu 80%),
5. die Minderung der Einkommensgrenzen für die Gewährung der Zusatzrente und dadurch bedingter Fortfall,
6. die Beseitigung der Hinterbliebenenversorgung bei Verheiratung nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst und nach dem 6. Juni 1931,
7. die Nichtgewährung jeglicher weiterer Elternrentenversorgung, und schließlich
8. die Anrechnung der Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz auf die Arbeitslosenunterstützung bis auf einen Betrag von 15 ℳ

so einschneidender Art sind, daß mit ihnen die Lebenshaltung der deutschen Kriegsopfer nicht nur gefährdet, sondern zur Unmöglichkeit wird. Es wird ausdrücklich auf das Erfordernis der Beseitigung dieser die wohlerworbenen Rechte der Kriegsopfer erschütternden Maßnahmen der Notverordnung hingewiesen.

60 Prozent Lohnabbau und dann Zusammenbruch!

Das Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie des DMV., die „Metallarbeiterzeitung", schreibt in ihrer Ausgabe vom 20. Juni zu der neuen Notverordnung:

„Unter den Verhältnissen, in die uns das kapitalistische Wirtschaftssystem hineinmanövriert hat, steht es jetzt vor dem Untergang, vor dem Zusammenbruch. Will es sich retten, so gibt es dazu nur das eine einzige Mittel: unausgesetzt verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klasse. Ein Schritt weiter auf diesem Wege ist die neue Notverordnung. Das ist ihre wahre Bedeutung, ob man sie nun so oder so begründet, ob ihre Einzelheiten so oder anders lauten.

Jedoch leuchtet ein, daß dieser Weg nicht mehr lang sein kann. Für den Augenblick rettet der Kapitalismus dadurch sein Dasein, aber nur für ganz kurze Zeit. Dann muß, will er weiter bestehen, die Ausbeutung abermals verschärft werden, und dann werden die weiteren Maßnahmen folgen, die die Reichsregierung heute so feierlich abschwört. Aber viel können es in der Tat nicht mehr sein. Was will man den Arbeitenden noch groß wegnehmen, nachdem man ihnen in neun Monaten schon fast ein Drittel weggenommen hat? Zumal die Menge der Arbeitslosen immer mehr anschwillt, also die Zahl der Beschäftigten, denen man noch etwas wegnehmen kann, immer mehr sinkt. So wenig man sich aufs Prophezeien einlassen soll, so wagen wir doch zu schätzen, daß die ganze Karre zusammenbricht, wenn der Lohnabbau einmal 50 bis 60 Prozent erreicht haben wird."

Das sind also die Aussichten nach der „Metallarbeiterzeitung". Aus dem Artikel geht hervor, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, ehe nicht 60% Lohnabbau verwirklicht sind, keinen Finger rühren will, um diesen Lohnraub zu verhindern. Und wenn es so weit wäre, würden die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erst recht alle Anstrengungen machen, um das kapitalistische System nochmals zu retten? —

Wollen es aber die Arbeiter so weit kommen lassen? Unzweifelhaft ist, daß die kapitalistische Ausbeuterbande unersättlich und rücksichtslos immer größeren Lohnabbau, immer schärfere Ausplünderung der Werktätigen durchführen will. Aber gerade darum liegt es im Interesse der Arbeiterklasse, sich mit aller Kraft dagegen zur Wehr zu setzen, gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Herabsetzung der proletarischen Lebenshaltung zu kämpfen, bis das kapitalistische System niedergerungen ist.

Keine Arbeitslosigkeit!

Die russische Schrift „Zwei Weltenpläne, Das Kulturwerk der Sowjetunion" stellt in ihrer neuesten Nummer das Problem der Arbeitslosigkeit zur Bearbeitung. **E. Gnedin** berichtet über die Entwicklung und heutige Lage.

Darnach hat Rußland heute keine Arbeitslosigkeit mehr. 1927 betrug die Zahl der Arbeitslosen noch nach den Angaben der Planwirtschaftskommission 1,1 Millionen. Die Hauptursache für diese Arbeitlosigkeit war, daß die ländliche Bevölkerung trotz der ständigen Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft von der Industrie nicht aufgesogen werden konnte. Jetzt, 1931, ist durch die stürmische Entwicklung der Industrie nicht nur die Arbeitslosigkeit vollständig aufgehoben, sondern es ist auch ihre Wiederkehr für die Zukunft ausgeschlossen.

Dabei macht die Bevölkerung in Rußland die Entwicklung einer Bevölkerungsvermehrung von 3 bis 4 Millionen im Jahre. Die natürliche Bevölkerungszunahme beträgt in Rußland 2,3%, in Europa 1%. In Amerika geht die Bevölkerungszunahme zurück. Trotzdem wächst in Amerika die Arbeitslosigkeit. In Rußland findet die stärkste Bevölkerungszunahme von allen Völkern der Erde statt, trotzdem ist die Arbeitslosigkeit verschwunden.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft macht wohl auf der einen Seite Arbeitskräfte frei, auf der anderen aber führt die Errichtung von Kollektivwirtschaften zu weiterer bedeutender Erhöhung der Bodenfläche, der beschäftigten Arbeitskräfte, und der vermehrte Anbau technischer Kulturen führt zur weiteren Verwendung großer Zahlen von Arbeitskräften. Die Kollektivwirtschaft schafft ferner eine neue Industrie mit großen Unternehmungen und zu einem gigantischen Bedarf an menschlichen Arbeitskräften. Die Schwankungen, welche die Saisonarbeiten auf dem Arbeitsmarkt jährlich hervorgerufen haben, sind eingestellt. In den Gebieten, wo neue Industrien entstehen, kommt neues Menschenmaterial in Betracht. Auf bisher leeren Plätzen entstehen neue Städte, die sich rasch bevölkern. Die Fünftagewoche, die Verkürzung und Reglementierung der Arbeitszeit, die Reglementierung der Arbeitsleistung sind weitere Faktoren, die eine Arbeitslosigkeit als soziale Erscheinung auch für die Zukunft natürlich ausschließen.

In den letzten sieben Jahren mußten die Russen noch 613 Millionen Rubel für Arbeitslosenunterstützungen ausgeben. 1930 bereits war diese Unterstützung überflüssig. Diese Summen werden heute zur kulturellen und technischen Hebung der Arbeiter benutzt. Für Unterrichtung der Arbeiter wurden bereits 1930 80 000 Rubel daraus verwendet. 350 000 Arbeiter wurden im Laufe des Jahres 1931 zu qualifizierten Arbeiten ausgebildet. Wenn es keine Arbeitslosigkeit mehr gibt, so fördert die Produktion neue Werte, sodaß die Wirklichkeit der Arbeiten zugleich wieder Arbeit für andere schafft.

Die Schrift weist darauf hin, daß mit dieser sozial-wirtschaftlichen Umstellung vor allem auch eine innere Umstellung der Menschen Hand in Hand geht. Das Bemerkenswerte sei, daß auch eine radikale Umwälzung in den Anschauungen der Menschen vor sich gehe. Dort werde als heiß erwünscht betrachtet, „Held der Arbeit! Held der Arbeitsstoßtruppenbewegung" zu sein. Vom Individuum aus gesehen, sei dieses System ein System einer Nötigung, von der Klasse aus gesehen, aber das unvermeidliche Element des Kampfes um bessere Ausgestaltung der Gesellschaft, wie des einzelnen Menschen.

In unserem, vor dem letzten Abgrunde stehenden Deutschland dürfen diese wuchtigen Tatsachen nicht mit Schlagworten vom „Bolschewismus" abgetan werden. Es gilt sie zu sehen, zu bewundern, und: soweit wir daraus für unsere Neuordnung lernen können, wirklich zu lernen. Denn das heutige kapitalistische Chaossystem sog. demokratischer Freiheit und individualistischer Wirtschaft ist tatsächlich am Ende. Es mordet die Menschen und vernichtet das Leben. Der Fünfjahresplan Rußlands aber gibt Raum und Möglichkeit für ungeahnte neue Millionen von Menschenleben in gesichertem Dasein!

„Zurück zur Scholle"!

Ein Büchlein von Wolfgang Scharenberg zu 1.— Mark im Verlag „Der Ruf" in Berlin-Weißensee. — Es ist gut geschrieben. Viel einschlägiger Stoff ist mit Fleiß und Gewissen zusammengetragen, kennzeichnet aufrichtig die Stellung der Parteien zur Siedlungsfrage. Keinem zu Lieb und keinem zu Leid. Das allein ist schon viel. Er hat den „großen Parteien" gründlich in die Karten geguckt. — Besonders anerkennenswert ist aber die ehrliche Offenheit gegenüber den sogenannten gemeinnützigen staatlichen Siedlungsgesellschaften. Sie sind mit ihrem Verwaltungsapparat und — sagen wir mal gelinde: — „kaufmännischen" Gebaren der Totengräber des Siedlungsgedankens geworden. „Nachdem das Siedlungswesen am formalen bürokratischen Bedenken gescheitert war, in einer Stunde, da gar keine sachlichen und parteiischen Schwierigkeiten vorhanden waren. Deswegen mußte das Volk in Krämpfen erschüttert und bis an den Rand des Abgrundes gebracht werden. Merken wir uns das, wenn wir mit der Siedlung Erfolg haben wollen". Bei einem neuen Versuch in Selbstverwaltung, Selbsthilfe und Deutschem Bodenrecht. So möchte ich ergänzen. — Der Verfasser sagt nicht „staatlichen" gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, sondern „privaten", an denen sich Länder, Kreise . . . beteiligten. Das ist aber wohl nur dem üblichen verdunkelnden Brauch entlehnt und ohne Bissigkeit gemeint. „Privat" ist das römische „Geraubt"! Und so mutet es immerhin etwas bissig an, wenn er schreibt: „Die großen Unkosten der gemeinnützigen . . . werden in der Hauptsache gedeckt aus dem Unterschied der Selbstkosten und des Verkaufspreises von Grund und Boden. Die Selbstkosten sind fast gleich Null und der Preis für den nackten Grund und Boden ist annähernd in voller Höhe als Gewinn zu buchen. Werden von einem 2 000 Morgen großen Gute 1200 Morgen an Siedler abgegeben, so beträgt der Bruttogewinn bei 300 Mark je Morgen, für die „gemeinnützige" Siedlungsgesellschaft 360 000 Mark. Außerdem sollen die Geschäftanteile der Gesellschaft noch mit 5 Proz. verzinst werden. Die Finanzierung geschieht zum größten Teil mit öffentlichen Mitteln, und es wäre dringend notwendig, der Öffentlichkeit auch einen Einblick in die Tätigkeit der Gesellschaft zu verschaffen. Trotzdem sind von 1919 bis 1929 in dieser Hauptsache, — den Kaufpreis und die Art der Zahlung — auch nicht irgendwelche zuverlässige Angaben zu erhalten gewesen. Erst mit der 1929 begonnenen Reform der Reichssiedelungsstatistik sollte (!) es möglich werden." — Hier glaubt nun der Verfasser die Stelle gefunden zu haben, wo er den Hebel zur Besserung, d. h. Verbilligung des Siedelns, ansetzen könnte. Durch Änderung der Hypotheken usw. und dergleichen, mehr Genossenschaftswesen und weniger Fleischkost. — Aber da wird er sich täuschen. Mit Gesetzeskram ist heute schon wenig mehr zu machen und in Zukunft garnichts mehr. Nicht Gesetze, sondern Recht will das ehrlich arbeitende Volk. Recht, das mit uns geboren ist. Und das ist ein Anspruch auf Land! Wo soll denn ein junges Menschlein, das in diese Welt hineingeboren wird, bleiben?! — Nichts Sündhafteres, Schädlicheres gibt es, als ihm dieses Heimatrecht und Daseinsrecht zu erschweren durch Zins, Steuern, Pacht, Miete oder wie dieserart Schmutzerei immer benannt sein mag, und daß solche Erpressung durch einen andern Menschen erfolgen kann, und „im Namen von Gesetzen!" Das ist schier das Allerverrückteste. — Ist so etwas aber christlich? — Dann: Danke! — Da ist entschieden eine schwache Stelle des Buches, und sie wird noch schwächer durch den Satz: „Es gibt Menschen, die selbst zu ihrem Vorteil gezwungen werden müssen". Das eröffnet Aussichten jedem Hallunken: nur etwas Anmaßung und dann gewalttätig. — Also: eine Lösung der Siedlungsfrage, oder gar die Rettung unseres ehrlich arbeitenden Volkes durch Siedlung, zeigt dieses Buch nicht. Aber es bringt eine Fülle guter Gedanken, und darum ist es wert, viel gelesen zu werden.

*

Heinrich Dolle, Im Heilgrund zu Kleinenberg bei Warburg, Westfalen.

Ein Ostpreußenprogramm der Ostpreußen!

Leben ohne Zins und Wucher.

Tausende von landwirtschaftlichen Grundstücken in der Zwangsversteigerung, Tausende dicht davor.

Ansetzen von Siedlern mit den alten Schulden und Bauschulden dazu, durch Siedlungsgesellschaften, so daß diese Siedler wirtschaftlich nicht leben noch sterben können. — Arbeitslose in den Städten und auf dem Lande. — Konkurse über Konkurse von Kaufleuten, Handwerkern in den Städten und Dörfern. Stocken des gesamten Wirtschaftslebens in der Provinz.

Leerlauf über Leerlauf. Nur Gerichte, Rechtsanwälte, Konkurs- und Zwangsverwalter, Gerichtsvollzieher, Treuhandstellen haben eine reichliche Beschäftigung.

Ostpreußen soll und muß geholfen werden.

Alle sagen es und in vorderster Front sämtliche Parteien. Alles bleibt aber bei demselben.

Der Reichstag vertagt sich. Wo ist da noch Verantwortlichkeitsgefühl?

Die Abgeordneten gehen ins Volk, und putschen dieses arme Volk noch weiter auf.

Ein Deutscher sieht im andern Deutschen den Feind, der bis aufs Messer bekämpft werden muß.

Wo steckt da noch ein Sinn darin?

Alle wissen es wieder, daß die Parteien uns nicht helfen können, aber alle machen diesen Totentanz mit.

Programme und Reden.

Wir Ostpreußen brauchen dieses alles nicht mehr. Wir wollen, daß jedem das Seine wird.

Arbeit und Brot, Recht und Freiheit.

Was ist zu tun?

Wir Bauern haben erkannt: nicht die Steuern richten Ostpreußen zugrunde, sondern **die Zinsen!**

Die Zinsen für Geld, das im Privatbetriebe, Gemeindebetriebe, Staatsbetriebe, Städten und Gemeinden als Hypothek und Darlehen gegeben ist, saugen Ostpreußen bis auf den letzten Blutstropfen leer, denn nur wenige dieser Gläubiger verzehren ihre Zinsen in Ostpreußen.

Nicht Umschuldung, sondern **Entschuldung!**

Nicht Zinsen, sondern **Zinsfreiheit ist notwendig.** Nicht ungerechte Steuern, die den Fleiß bestrafen, sondern eine Abgabe nach dem **Lagewert** ist einzuführen. Nicht Steinkästen in den Städten braucht Ostpreußen, sondern **Siedlung, Bebauung des Landes.**

1. Entschuldung der Landwirtschaft, Gemeinde u. Städte. **Es ist die ostpreußische Landschaft in eine Treuhandstelle für sämtliche Schulden umzuwandeln, die die Schulden für die Allgemeinheit übernimmt, gegeneinander aufrechnet und entsprechend streicht.**

Sämtliche landwirtschaftliche Grundstücke, die dadurch schuldenfrei werden, haben nach Maßgabe ihrer Schulden der Allgemeinheit Land zur Verfügung zu stellen.

2. Damit ist der Weg freigemacht für die Schaffung eines Ostpreußen-Zahlungsmittels, welches jedem Betriebe nach Maßgabe der Rentenbankeintragung als zinsloser Kredit mittels Postscheckkonto als Ausgleichskasse zur Verfügung gestellt wird.

Wirtschaftet Ostpreußens Landwirtschaft mit diesen zinslosen Krediten, wird es ihr und jedem Betriebsinhaber möglich sein, die Abtragung der Gesamtschulden in die Wege zu leiten.

Die Aufbringung der Abtragung geschieht ferner durch Hineinfließen sämtlicher Reichshilfen in die Treuhandstellen. Hierdurch wird eine Vermeidung der Verteilungskosten erreicht.

3. **Die Aufbringung sämtlicher Abgaben für Gemeinden, Städte und Provinz nebst Aufbringung der Schuldenabtragung wird durch die eine Abgabe vom Lagewert, die in den Produkten unserer Scholle zu leisten ist, geregelt.**

Hierdurch wird eine gewaltige Verbilligung der Verwaltung erreicht werden und Beamte frei werden.

Diese Beamten, soweit sie wollen und fähig sind, sollen **Siedlungsstellen** erhalten.

Der Einwendung, daß es ungerecht wäre, die Schulden auf die Allgemeinheit zu übernehmen, ist entgegenzuhalten, daß schon heute die Allgemeinheit diese Last voll und ganz trägt, deshalb, weil die überschuldeten Betriebe für das Aufbringen der Steuern ganz ausfallen.

Die freiwillige Abgabe von Land für die Allgemeinheit rechtfertigt die Schuldenübernahme.

4. **Das zur Verfügung gestellte Land wird den zweiten und dritten Bauernsöhnen, den landwirtschaftlichen Arbeitern, ruinierten Landwirten, stellungslosen landwirtschaftlichen Beamten, städtischen Arbeitern, Beamten usw.,** also jedem Ostpreußen, soweit sie wollen, **kostenlos gegen Übernahme der öffentlichen Abgabe vom Lagewert zugewiesen,** wobei als Größe der Siedlung Bodenstruktur und Fähigkeit das Maß abgeben.

Die Siedler schließen sich in Siedlerzehnerschaften oder bis Hundertschaften zusammen, wählen ihre Leiter und bauen sich ihre Höfe selbst auf.

Die Zahlungsmittel zum Aufbau werden durch Siedlungsanweisungen geschaffen, die je nach Fortschritt des Aufbaus ausgegeben werden und somit durch die entstandenen Werte voll gedeckt sind.

In 15—20 Jahren werden diese Siedlungsanweisungen, die keine Zinsen tragen, durch Rückzahlungen der Siedler aus dem Zahlungsverkehr gezogen.

5. Um den Zahlungsausgleich zwischen Ostpreußen und Reich, zwischen Schuldner und Gläubiger, zwischen Städten und Gemeinden zu ermöglichen, wird eine Ostpreußenzentrale und Ausgleichsstelle der Treuhandstelle angegliedert, die den Verkehr vermittelt.

Als Einheit gilt bis auf weiteres die Reichsmark.

6. Zur Ausführung aller Maßnahmen sowie der Überwachung sind Ausführungsräte zu bilden.

Die Mitglieder derselben sind in jeder Gemeinde von den Familienvätern und Müttern in einer Beratung zu bestimmen.

Diese Gemeinderäte bestimmen den Bezirksrat aus ihrer Mitte.

Die Bezirksräte bilden den Kreisrat und bestimmen drei Kreisobmänner, die von ihnen beraten werden und dann selbständig zu handeln haben.

Jeder Rat und Obmann ist jederzeit absetzbar und hat für sein Tun die volle Verantwortung zu tragen.

Alle Ämter sind **Ehrenämter** und nur bei außerordentlichen Unkosten oder verlorengegangenem Arbeitsverdienst findet eine Erstattung in Höhe des tatsächlichen Betrages statt.

Den Ausführungsräten liegt die Preisfestsetzung des für die Schulden abzutretenden Landes ob, wobei die Richtlinien durch die landwirtschaftlichen Taxen jeder Art gegeben sind.

7. Um ein reibungsloses Ingangsetzen dieser Maßnahmen zu erzielen, bleibt bis zur Siedlung sämtliches Land gegen Leistung der öffentlichen Abgabe vom Lagewert in pachtweiser Bewirtschaftung durch den früheren Eigentümer.

Der Ausführungsrat der Provinz und Kreise bestimmt und stellt das Land zur Siedlung nach Maßgabe der Nachfrage zur Verfügung.

Hat der tüchtige Landwirt bis dahin durch Sonderzahlungen Land entschuldet, so kann ihm dasselbe belassen werden.

8. Um Ostpreußens Jugend zum Siedlerbauern zu erziehen, ist es notwendig, in **beschränktem** Umfange eine mehrmonatige **freiwillige** Arbeitsdienstpflicht einzuführen, in der jeder Ostpreuße ohne Ausnahme bis zum Alter von 25 Jahren seiner Pflicht genügt haben kann. (Ein Programm [illegible] dessen grundsätzliche Forderung sich [illegible] [illegible] kann — nicht nur für Ostpreußen!) Die [illegible] auf eine Siedlungsstelle wird durch einen [illegible] Arbeitsdienst erworben.

[illegible] Arbeitsdienstleistenden erhalten sich selbst durch die höchstens 6 Stunden zu leistende praktische Arbeit.

Die weiteren Tagesstunden sind der Erholung und theoretischen Ausbildung gewidmet.

Durch diese Maßnahmen entsteht Arbeit und Brot für alle. Der Arbeiter der Faust und des Kopfes wird gesucht und geachtet werden.

Jedem ostpreußischen Familienvater wird es möglich sein, zu einem eigenen Heim mit Garten am Stadtrande zu kommen oder die Gelegenheit haben, Siedler auf dem Lande zu werden.

Reichsregierung, Reichstag, Preußenregierung, Landtag mögen nach vorliegendem Plane handeln oder den Weg dem Volke Ostpreußens freigeben.

Der Weg, den man uns Ostpreußen geführt hat, machen wir Bauern nicht mehr mit. Wir wollen ein **freies Volk auf freier Scholle.**

Nicht mehr Zinskuli und Eintreiber für das überstaatliche Leihgeld zu sein, ist unser fester Wille.

Wir verlangen Entscheidung, ob man in Berlin gewillt ist, Ostpreußen zu helfen, nicht, indem man weitere **Leihgelder** gibt, sondern die **Lebensmöglichkeit** durch die Loslösung vom **Zins und Einsetzen der zinslosen Siedlung.** — In dem ersten Jahre des Landvolkkampfes haben wir gelernt, die Waffe des passiven Widerstandes anzuwenden.

Ostpreußen muß leben!

Und deshalb werden wir bei Versagen der berufenen Stellen mit allen Mitteln den passiven Widerstand entfachen, bis das Notwendige getan ist.

Lieber tot, als Sklave!

★

Nachschrift: So die Bauern und Siedler, die nicht mehr auf die Phrasen und auf die Propaganda der bedrängten Ostgrenzen hereinfallen. Sie wollen zuerst hinter den Grenzen im eigenen Lande frei werden. Das wird nur möglich werden, wenn die Bauern den politischen revolutionären Kampf führen werden.

D. R.

Christliche Arbeiter, denkt nach!

Es hagelt „Proteste" — nämlich der christlichen Gewerkschaftsinstanzen gegen die Notverordnung der Brüningregierung. Es „protestieren" sowohl der Vorstand des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes wie die Vorstände der einzelnen Christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Arbeiter mögen aber einmal darüber nachdenken. Die große Mehrheit der christlichen Gewerkschaftsführer, die papierne Proteste gegen die Notverordnung unterzeichnen, sind gleichzeitig Führer und Abgeordnete in der Zentrumspartei. Und als solche haben sie ihre Zustimmung zu der neuen Notverordnung beschlossen, wenden sie sich gegen die Einberufung des Reichstages, erklären sie sich für rücksichtslose Durchführung der neuen Notverordnung.

Hat man je ein schamloseres Doppelspiel erlebt? Werden die christlichen Arbeiter jetzt erkennen, daß sie von der Gewerkschaftsbürokratie nur belogen und betrogen werden. Die Proteste der Gewerkschaftsinstanzen sollen nur den christlichen Arbeitern vortäuschen, daß etwas für sie getan werde, um sie so vom Kampfe gegen das Hungersystem abzuhalten.

Dingeldey und Brüning.
Eine neue Notverordung.

Über die politische Verabredung zwischen Dingeldey und Brüning, die bekanntlich dazu führte, daß die Volkspartei ihren Antrag auf Einberufung des Reichstages zurückzog, weiß das „Berliner Tageblatt" u. a. folgendes zu berichten:

„Schließlich soll die bisher „vernachlässigte" Organische Wirtschaftspolitik zur Notverordnung sozusagen nachgeliefert werden."

Das „Berliner Tageblatt" schreibt dazu: „Ob hier die sogenannte Reform des Tarifrechts gemeint ist, ... oder andere schöne Dinge, — unter allen Umständen wird es sich um wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen handeln, die entweder durch eine neue Notverordnung oder durch den Reichstag selbst in Kraft gesetzt werden müßten."

Jedenfalls erfährt die Arbeiterschaft, daß ihr noch weitere neue Anschläge drohen, wenn sie nicht im politischen Massenkampf den reaktionären, faschistischen Kurs in Deutschland bricht.

Du solltest Opfer sein? ...

Aus den Tagebüchern eines jungen Menschen.

Von Wolf Bernau.

21. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

17. Kapitel.

„Nanu, Jean, was bringst heute so Wichtiges, daß du klingelst?" fragte Anne Frühwalt verwundert den jungen Depeschenboten, einen Verwandten von Wolfgangs Braut, der eilig die Treppe heraufkam.

„Ein Telegramm für deinen Vetter!" erwiderte Jean Schmitz ernst.

Frühwalt war so sehr in den „Faust" vertieft, daß er ihr Klopfen überhörte. Erst das Knarren der Türe riß ihn aus dem „Reiche der Mütter".

Seine Cousine legte ein gefaltetes Papier auf sein Buch. Die Augen blieben auf der Verschlußmarke haften. Mechanisch entzifferte er „Kaiserliche", schob es ratlos zur Seite.

„Es ist für dich, Jörg, mußt es schon öffnen!" sagte Anni leise und wandte sich zur Türe. — —

Hinter ihr splitterte eine Vase. Das Wasser tropfte gluckernd zu Boden. Dumpf schlug Jörg mit dem Kopfe auf die Tischplatte. Die Linke streckte reglos das zerknüllte Telegramm in die Luft.

Anne eilte zu [illegible]rem Vetter, der vom Stuhle zu sinken drohte; rief erschreckt um Hilfe. Sie erhielt keine Antwort; ihre Mutter hantierte in der nach hinten gelegenen Küche.

Anne, das stille Hausmütterchen, das nie Redensarten machte, sondern zugriff, wo Hilfe nötig wurde, bettete den Bewußtlosen auf die Chaiselongue, befeuchtete seine Stirne, lief zur Hausapotheke, während sie der Mutter zurief: „Mama, schnell, Jörg ist was zugestoßen!"

In grenzenlosem Jammer fanden sie den Unglücklichen. Auf dem Boden, neben dem Ruhebette lag die Depesche. Anne warf einen kurzen Blick darauf und reichte sie erbleichend ihrer Mutter.

Ein wilder Aufschrei unterbrach das Schweigen: Vater! — zuckend wanden sich die Worte aus dem Munde — „Vater — gestorben — Tod — nein, nein, das ist nicht wahr, so grausam kann der Herrgott nicht mit mir sein!

Tante, Anne, sagt doch, das Telegramm gehört nicht mir, schaut's an! — Redet doch, sagt doch was!" — Angstverzerrt blickte er auf sie, las aus ihren Mienen die entsetzliche Gewißheit. Mit hilfloser Bewegung fiel er zurück, vergrub sein verwüstetes Gesicht in die Kissen.

Frau Frühwalt, die selber gegen Tränen ankämpfte, setzte sich neben den Neffen. Anne ergriff wortlos Jörgs Hände; dann ging sie still aus dem Zimmer, suchte das Stübchen auf, das sie mit Grete teilte. Heller Sonnenschein lag auf dem sauberen Mädchenzimmer. Die weißen Mullgardinen wehten im leichten Winde, der erfrischend von der Mosel herüberwehte. Die weiß lackierten Möbel erhöhten den Eindruck der Sauberkeit. Hier waltete Annes stille Geschäftigkeit, die Unordnung so sehr haßte. Es wurde ihr nicht leicht gemacht; sie hatte viel aufzuräumen, wenn der Wildfang Grete von einer ihrer Hamsterfahrten zurückkehrte. Dann flogen Hut, Mütze und andere entbehrliche Dinge dahin und dorthin; man konnte jeweils an der Zahl der Stücke, die Betten, Kommode oder Stühle zierten, ersehen, mit welchem Erfolge ihre „Landpartie" begleitet gewesen war.

Im Gegensatze zu Grete fehlte Anne die frische, frohe Sorglosigkeit der Schwester. Der fragende Ernst ihrer dunklen Augen w[illegible] gemildert durch das freundliche Oval des Gesichtes. Die dicken Zöpfe lagen schwer auf der hohen weißen Stirn.

Anne Frühwalt war mit ihren 25 Jahren bereits in die verantwortungsreiche Stellung einer Abteilungsleiterin in einem der größten Warenhäuser eingerückt, genoß infolge ihres stillen Wesens das volle Vertrauen der Firma.

Ihre heimliche Liebe galt einem Obermaat auf der „Göben"; er war früher, kurz vor dem Tode des Vaters, als Geselle in dessen Schreinerei gewesen. Durch [illegible] frohes, unbekümmertes L[illegible] hatte er bald die Zuneigung von „Meissers Töchterlein" gewonnen. Zu einer Aus[illegible]ache kam es nicht. Anne Früh[illegible] [illegible] ihre Liebe in sich verschlossen, begrüßte es als besondere Gunst des Glückes, wenn sie gelegentlich ein Brief vom fernen Bosporus erreichte. Sie unterstützte, ohne viel Aufhebens zu machen, ihre Angehörigen, half im Haushalte mit, war besonders der jüngeren Schwester treue Beraterin in all den kleineren oder größeren Anliegen [illegible] junges Mädchen bewegen.

Anne entnahm einer kleinen Schatulle in der Kommode einige Geldscheine, holte aus dem Schranke einen [illegible]koff[illegible] [illegible] in Jörgs Zimmer zurück. Ihre Mutter saß neben [illegible] Vetter, [illegible] seine Hände umfaßt. Hemmungslos liefen ihm die Tränen über die W[illegible].

Die Cousine zog einen Stuhl heran; Jörg blickte sie verständnisleer an. Leise begann Anne: „Glaub mir, Jörg, ich weiß, was es heißt, den Vater zu verlieren. Und welchen Verlust du zu beklagen hast, fühle ich, wir alle mit dir. Aber sieh mal, du darfst dich nicht h[illegible]los deinem Schmerze überlassen. Mußt auch ein wenig auf uns hören; wir wollen dir über die schwere Stunde hinweghelfen!"

Sie drückte ihrer Mutter, die sich erhoben hatte, heimlich die Scheine in die Hand. Dann nahm sie den Platz neben Jörg ein, strich ihm die wirren Haare aus der Stirn.

„Du mußt heimfahren, noch heute Mittag!" begann sie nach einer Weile, als die Tränen ruhiger flossen. Jäh sprang Jörg hoch, rief gellend: „Wer will mich dort haben. Niemand hat mich gerufen, mich können sie nicht brauchen!"

Die Cousine widersprach in ihrer ruhigen Art: „Vor dem toten Vater muß alles Andere zurücktreten. Wer weiß, ob nicht das gemeinsame Leid gerade deinen persönlichen Zwist zu einer Lösung bringen wird!"

„Laß nur, Anne, 's hat doch keinen Zweck. — Vater! Gebt mir meinen Vater zurück oder laßt mich mit ihm sterben. Was soll ich denn noch, wenn ich ihn nicht mehr habe?"

„Nun ist's genug!" unterbrach ihn Anne vorwurfsvoll, „laß dich nicht so gehen [illegible] [illegible] allein sei solches Leid [illegible] Weißt du nicht, [illegible] Kinder nach ihren Vätern schreien, denen [illegible] sinnlose Krie[illegible] [illegible]ehen in den Gräben zerreißt! Sei deines Vaters würdig, laß [illegible]cht anmerken, was für ein Leid dich drückt; das ist viel männlicher. — Und jetzt richtest dich für die

Was den Kranken geraubt wurde.

Welch ungeheurer Raubzug an den Krankenkassen schon durch die Notverordnungen vom 26. Juli und 1. Dezember 1930 vorgenommen worden ist, geht aus dem Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. hervor. Die Beitragseinnahmen sind gegenüber 1929 von 23,9 Millionen auf 19,7 Millionen, um 4.232.000 Mark zurückgegangen, obwohl die Beiträge fast das ganze Jahr hindurch 8, bezw. 7% und ab 2. November 6% betrugen.

Dennoch hat die Allgemeine Ortskrankenkasse bei einer Steigerung der Verwaltungskosten um 289 000 Mk. einen Überschuß von 477.515.14 Mk. auf Kosten der Kranken gemacht. Dafür sind an Krankengeld statt 7,48 Millionen nur 5,01 Millionen, also 2,47 Millionen Mark weniger ausgezahlt worden. Außerdem sind für ärztliche Behandlung 570 000 Mark weniger ausgegeben worden. Für die Familienversicherung sind ebenfalls 75 000 Mark weniger ausgegeben worden. Von der Schröpfung durch Krankenscheingebühr, Rezept- und Arzneikosten sind den 198 733 Mitgliedern der Frankfurter Allgemeinen Ortskrankenkasse fast 3¼ Millionen Kassenleistungen durch die beiden Notverordnungen geraubt worden.

Die neue Notverordnung der Brüning-Regierung vergrößert den Abbau der Leistungen für die Kranken noch mehr. Kampf dem Hungersystem!

Riesengewinne der Kohlenbarone.

Die „Concordia-Bergbau A.-G., Oberhausen, veröffentlicht jetzt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1930, der riesige Gewinne aufweist. Nach starken Abschreibungen, nach Abzug der riesigen Gehälter für die Direktoren und für die Tantiemen wird eine Dividende von 6% verteilt. Also neben den versteckten Gewinnen schieben die Aktionäre 6% Dividende ein, währenddem sie zu gleicher Zeit einen neuen Lohnabbau von 20—30% fordern.

Christentum in Ziffern.

Wo bleibt das Christentum der Tat?

Man zählt heute die christlichen Tugenden, formiert das Reich Gottes in Statistiken. Wir lesen in einem kath. Blatt Bayerns:

„Vor 16 Jahren trafen auf 893 467 Katholiken im Bistum Regensburg insgesamt 7 420 900 Kommunionen, oder durchschnittlich nicht ganz 9 auf den Kopf. Im letzten Berichtsjahre war die Zahl der zum Tisch des Herrn gegangenen Katholiken erfreulicherweise eine höhere, sie stieg auf 9 305 163, oder fast 10 im Durchschnitt auf 1 Person. Die Zahl der Osterkommunionen erhöhte sich von 674 176 auf 697 061, eine Erhöhung, die aber im Vergleich zur Vermehrung der Pfarrangehörigen im allgemeinen leider nicht in dem zu wünschenden Verhältnis steht, die Vermehrung sollte eine noch größere sein!

Die Zahl der katholischen Trauungen im Bistum Regensburg stieg im Laufe der letzten 16 Jahre von 4222 auf 6665. Erschreckend ist der Rückgang der Geburten; ihre Zahl senkte sich von 28 743 aus rein katholischen Ehen auf 20 777 (!). Von ledigen katholischen Müttern wurden vor 16 Jahren 3314 Kinder geboren, im letzten Berichtsjahre 3368; eine bedeutende Verschlechterung der Moral in dieser Beziehung ist nicht eingetreten, wenn auch die Zahl der unehelichen Kinder als hoch bezeichnet werden muß. Im Bistum Würzburg stiegen diese Zahlen von 621 auf 1040."

Die Zahl der Kommunion steigt. — Die Zahl der Kirchen, von amerikanischem Kapital und bayerischen „Osthilfen" gebaut, steigt — die Zahl der Heiraten steigt — Geburten fallen katastrophal und noch katastrophaler sinkt die Kurve des Christentums der Tat. Der Schein wächst, das Sein fällt ab!

In einem Vierteljahre!

Nach den Zusammenstellungen des Bayerischen Statistischen Landesamtes waren in Bayern im ersten Vierteljahr 1931 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 26 030 Personen angeklagt. Verurteilt wurden insgesamt 22 147 = 85,1 Prozent. Von den Verurteilten waren 19 338 = 87,3 Prozent männlich, 2809 = 12,7 Prozent weiblich; 21 129 = 95,4 Prozent waren erwachsen und 1018 = 4,6 Proz. jugendlich, d. h. im Alter über 14 bis unter 18 Jahre. Freigesprochen wurden 3072 Erwachsene und 86 Jugendliche, demnach 12,3 bezw. 7,5 Proz. der Angeklagten. Bei 681 Erwachsenen und 10 Jugendlichen kam es zur Einstellung des Verfahrens. Außerdem wurde bei 34 Jugendlichen von Strafe abgesehen, bei 209 die Strafe ausgesetzt, bei 171 ordnete das Gericht Erziehungsmaßregeln an, die vorwiegend in Fürsorgeerziehung, Schutzaufsicht und Verwarnung bestanden. Gegen das vierte Vierteljahr 1930 haben Widerstand gegen die Staatsgewalt, Diebstähle und Unterschlagungen, Betrug und Untreue, die gemeingefährlichen und die Gruppe der sonstigen Verbrechen und Vergehen prozentual zugenommen.

Es wurden verurteilt zu Todesstrafe 1, zu Zuchthausstrafe 124, zu Gefängnis 8741, zu Festungshaft 1, zu Haft 204, zu Arrest (Militärpersonen) 5 und zu Geldstrafen 13 071 Personen. Bei den Gefängnisstrafen überwiegen die kurzfristigen unter drei Monaten. An Nebenstrafen wurden gegen 111 männliche und 16 weibliche Erwachsene auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt, ausgesprochen wurde die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht gegen 14 Männer und eine Frau, dauernde Eidesunfähigkeit gegen 4 Männer und 2 Frauen.

Man kann ruhig sagen, daß diese Liste zu 90% auf Konto der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Unmoral zurückzuführen sind. Eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung formt auch ganz natürlich andere Menschen und gibt andere natürliche Grundlagen für höhere Moralität! Diese Ordnung läßt die Armen schuldig werden und überliefert sie dann ihren barbarischen Gesetzen!

Riesenskandal in der Hitlerpartei.

Strafverfahren wegen Vergehen gegen § 175 gegen SA.-Führer Röhm eingeleitet.

Es hat sich was in der Hitlerpartei. Man muß sich erinnern, mit welcher Arroganz, mit welcher Überhebung, mit welcher Sittenrichterei diese Partei aufgetreten ist. Man muß daran erinnern, wie ihre Blättchen „Stürmer", „Flamme", „Fackel", „Freiheit" und welch tönende Namen sie noch alle haben, fast Woche für Woche mit Skandalgeschichten aufwarteten und so richtig im Schmutze wühlten, wenn ein Jude oder sonst mal einer sich an einem Mädchen verging. Lange wußte man nicht, ob das ehrliche sittliche Entrüstung aus eigener innerer Sittlichkeit und „Seelenzartheit" war, oder Sensation zum Massen- und Stimmenfang.

Eines aber ist klar: Eine Partei, die derart auftritt, muß selber in ihren Trägern sauber sein!

Zu den politischen Skandalen der letzten Zeit, wo gerade die Besten der Partei davongegangen sind, da sie den Schwindel und Betrug, der dort mit den Massen getrieben wird, aus Reinlichkeit und Ehrlichkeit und Treue nicht mehr mitmachen konnten, kommt nun ein S[illegible] ach dem anderen auch auf dem Gebiete, das zwar nicht [illegible] politischen Kampf gehört, aber die geistige und moralische Verfassung einer Partei in ihren Trägern offenlegt. Und das ist vernichtend, gerade für die Hitlerpartei!

Die „Münchner Post" hat Briefe veröffentlicht, die belasten, daß verschiedene in der Hitlerpartei führende Männer homosexuellen Neigungen huldigen sollen. Ganz besonders wird dieser Vorwurf gegen den Führer der SA., dem Stabschef Hitlers, Hauptmann Röhm erhoben. Die „Rheinische Zeitung" weitet diese Meldungen weiter aus und bringt aus Gerichtsakten, Dinge, die sehr bedenklich sind. Hierbei berichtet diese Zeitung noch, daß über diese Vorkommnisse in der Hitlerpartei in Berlin eine Vertrauensmännersitzung stattgefunden habe, wobei Göbbels erklärt habe, solche Fälle seien nun einmal Begleiterscheinungen des „Zölibats" der Führer. „Es sei nicht zu bestreiten, daß es besser sei, wenn die Führer unverheiratet blieben; dann hängen die Jungens mehr an ihnen."

Ebenso wird ein Fürsorgeskandal berichtet, der in die gleiche Richtung geht, aus dem Landeserziehungsheim Gütergotz, wo über 200 Zöglinge und zwar 170 Jungen und 30 Mädchen, untergebracht sind. Die Erzieher Stein und Mein hatten eine Gruppe von Jungen, mit denen sie aufs engste zusammenlebten. „Besonders schädlich ist es, wie sich die beiden Erzieher die Jungen zuschoben und ausgetauscht haben, um sich dann an ihnen zu vergehen" schreibt der „Dortm. Generalanzeiger". Dieser Stein hat in der Anstalt die Hitlerpropaganda betrieben.

Der „Völk. Beobachter" meldet, daß Röhm die „Münchner Post" verklagt habe. Die „Rheinische Zeitung" aber, die noch maßgebenderes Material bringt, schreibt: „Was hat Herr Röhm jetzt zu dementieren? Oder hat er gar Lust, zu einem Tänzchen vor Gericht? Wir sind bereit."

Fest steht, daß die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen Hauptmann Röhm wegen Vergehen gegen § 175 eingeleitet hat.

Für einigermaßen vorurteilsfreie Menschen bilden diese Vorkommnisse keine Überraschungen. Die nationalsozialistische Gefolgschaft hat viel Ähnlichkeit mit jenen „Männerbünden", deren „kameradschaftlicher Geist", nach den Feststellungen Blühers durch gleichgeschlechtliche Störungen bestimmt ist. Unter den Offizieren und Kadetten der kaiserlichen Marine war das gang und gäbe. Bis oben hinauf griff diese Sache, die damals Max Harden aufdeckte. Wir sind nicht so enge und prüde, um in jenen Menschen, die naturhaft anders geschaffen sind, immer Wüstlinge zu sehen! Aber Dinge, wie sie hier zur Anklage stehen, dürfen in einer Partei mit Führern einfach nicht vorkommen! Jede Partei, selbst die KPD., würde solche Menschen ausstoßen und sie nicht an Führerstellen stellen. Die Hitlerpartei aber hat ganz besonders das System des „Führers" herausgestellt. Dieser soll nach Göbbels sogar „Zölibatär" sein. Hitler ist ja auch noch „Zölibatär". Wenn dieses Zölibat aus einem ascetischen Verzicht kommt, wie es in der grundsätzlichen Forderung des Zölibats der kath. Priester liegt, und aus Ascese gehalten wird, hat es eine ungeheuere Größe in sich. Aber ein „Zölibat", das dann die „Jungens noch mehr an den Führer kettet" das ist eine andere Sache!

Und wenn sowas im Braunen Hause geschieht — — !!!

Die „Rettung Deutschlands," die „Sauberkeit", „Ehrlichkeit", „Treue", alle deutschen Tugenden, wie sie bei Tacitus stehen — die sehen ganz anders aus!

Geht, der Spuk wird immer hexensabbatmäßiger! Umfall, Verrat in Punkto Politik! Auslieferung der Arbeiterschaft an den Kapitalismus! Und zuletzt der ganze Stank jenes Schmutzhaufens, der im Kriege sich nicht austoben konnte — das sind die Reste, die noch vom Hakenkreuz übrig bleiben, wenn noch eine Zeit der Geschichte verstrichen [illegible]n wird!

Der großen Abrechnung entgegen!

Wir haben jüngst gelesen, wie selbst ein feinsinniger, tiefdenkender, man kann sagen, urchristlich denkender Mensch, wie Gandhi, das europäische Christentum für sein Volk ablehnt, weil dieses Christentum in Europa nichts gezeitigt habe und nichts praktisch zeige, als Kriege, Blutrausch, Volks- und Völkerzerfleischung, und eine innere Heuchelei, die schön redet, aber unsittlich handelt, und daß es fast aussichtslos ist, in Indien noch einen Menschen für das Christentum zu gewinnen, obwohl die Indier die Lehre Christi und Christus selbst ungeheuer hoch einschätzen. Nun sprach der ehemalige Vizekönig von Indien, Lord Irwin, vor der Fraktion der Konservativen im englischen Unterhaus über die indischen Probleme. Er führte dabei aus, daß das Prestige der weißen Rasse in Indien endgültig dahin sei. Den ersten Stoß habe es erhalten durch die Niederlage der Russen im Kriege gegen Japan, den zweiten durch Verwendung indischer Truppen im Weltkriege, Weiße gegen Weiße, den dritten und schlimmsten durch die Verbreitung des Kinos und der Filme über europäisches Leben. — Es ist klar, daß diese heutige ganze europäische Kultur immer tiefer sinkt in den Augen der gesamten Ostvölker, denn sie hat auch in Wirklichkeit viel mehr Unsittlichkeit, Unmoralität, Lüge, Trug, Schein, Barbarei in sich, als irgend eine indische, chinesische oder russisch-bolschewistische Kultur. Und sie wird der großen Abrechnung im Laufe der nächsten Jahrzehnte nicht entgehen können.

Reise! Um fünf Uhr geht ein D-Zug nach Mainz; mit dem mußt du fahren! Ich helfe dir packen. Nimmst hier meinen Koffer mit, er wird schon reichen für die paar Tage!"

Die Cousine war bereits an den Kleiderschrank getreten, nahm den guten Anzug heraus, holte die erforderliche Wäsche.

„Änne — wo — ist das Telegramm?"

„Auf deinem Buche liegt's", erwiderte die Cousine, wieder in ihrer freundlichen Art.

Frühwalt las stotternd, mit längeren Unterbrechungen, als ob er den Sinn der Worte erst suchen müßte: „Vater tot, — Beerdigung, Montag — Mutter". — Neues Schluchzen und Jammern.

„Änne, was soll ich anfangen wenn sie mir die Türe weist, wenn" . . .

„Wie könnte die Mutter so was übers Herz bringen. Sie will dich doch zuhause haben, sonst hättest du keine Nachricht bekommen!"

Jörg war neben die Cousine getreten, nahm ihre Sachen ab, die sie noch in den Koffer legen wollte: „Laß nur, Änne, mußt dir nicht noch mehr Arbeit machen, ich kann das bißchen schon noch allein packen!"

„Ich tu's doch gerne, Jung, das ist keine Arbeit für dich!"

„Du, Änne!" er faßte sich bestürzt mit beiden Händen an die Stirne, „ich hab ja gar keinen Urlaub von der Schule! Und heute, am Samstag ist der Direktor nicht auf dem Büro!" Ratlos strich er an seiner Jacke herum. „Das kann doch Grete besorgen, wenn sie heimkommt! Sie soll im Adreßbuch die Privatwohnung nachschlagen und dich entschuldigen! — So, ich bin fertig; wasch dir eben durch's Gesicht, hast ganz verweinte Augen; und dann kommst rüber; Tante wartet nun lange genug mit dem Mittagessen!" — —

Jörg Frühwalt fuhr im überfüllten Abendschnellzuge. Die meisten Abteile waren von Urlaubern der Westfront besetzt. Tornister, Gewehre, kleinere oder größere Holzkisten standen in den Gängen. Überall saßen, lehnten Feldgrauer, die in den Abteilen keinen Platz gefunden hatten, rauchten ihren „Wald- und Wiesentabak", schimpften über den „miserablen Fraß", über die „Etappenschweine", waren heilsfroh, für einige Tage der Hölle von Verdun entronnen zu sein. Vornübergebeugt oder mit weit zurückgelegtem Kopfe schliefen einige. Die tiefen Schnarchtöne gaben ein seltsames Konzert, wenn bei einem Aufenthalte das Gestampfe der Räder verstummte.

Verloren zwischen den Soldaten saß Frühwalt. Mit seinem dunklen Anzuge inmitten der Uniformen fiel er besonders auf. Öfters traf ihn ein halb neugieriger, halb mitleidiger Blick. Ein alter Landstürmer mit struppigem Vollbarte war zur Seite gerückt, hatte dem Jungen mit verheulten Augen Platz gemacht. Als er den Grund der Reise erfuhr, unterließ er jede weitere Frage. Nur noch einmal wandte er sich an ihn, als er ihm einen Schnitt Kommißbrot mit kostbarem — Seltenheit im Hungerjahre 1916 — kernigem Rauchfleische anbot. Mit tränenerstickter Stimme lehnte Jörg ab: „Seien Sie nicht böse, mir ist nicht ums Essen!" — —

Langsam machte sich Müdigkeit geltend nach dem Übermaß von Aufregungen des Tages. Frühwalt schlief trotz unbequemer Lage und Hitze mehrere Stunden.

Als er in Stuttgart eintraf, war der Anschlußzug bereits abgefahren. Jörg suchte den Wartesaal auf. Tabakqualm, schlechte Nachtluft schlug ihm entgegen. Auf den Bänken saßen, lagen die Menschen. Schnarchen [illegible] Unterhaltung, Schreie übermüdeter Kinder durchdrangen [illegible] erleuchteten Raum.

Frühwalt nahm seine[illegible] auf und verließ schnell den Saal. Lieber sich in frischer [illegible]n, als in diesem Loche eingezwängt zu sein.

Während er vor den Schaltern auf und abwanderte, fuhr ein verspäteter Zug ein, dem die Reisenden mit großer Hast entstiegen und sich zur Sperre drängten. Frühwalt beobachtete gedankenverloren die Hastenden. Ein Feldgrauer blieb vor Jörg stehen, rief überrascht: „Bruder, kennst du mich nicht mehr?"

Der Angeredete starrte dem Soldaten fassungslos ins Gesicht, brachte nur tonlose Worte heraus: „Konrad! — verzeihe, Remigius? — Aber um Gottes willen, bist du nicht mehr im Kloster, die Uniform . . .?"

„Erhol dich von deinem Schrecken!" unterbrach ihn der Bruder, „daß wir uns nun so wiedersehen müssen! Jörg, wie arm sind wir geworden, unser Vater" . . .

„Weißt nichts Näheres, Remigius? War er länger krank? Ich hab ja, seit ich in Koblenz bin, kein Lebenszeichen mehr erhalten, erzähl doch!" bettelte Jörg eindringlich.

„Laß uns erst's Gepäck aufgeben, dann gehen wir in die Anlagen!"

Remigius sah dem Stiefbruder sehr ähnlich. Nur die dunklen Haare und der bläuliche Schimmer der Augen mochten mütterliches Erbgut sein. Remigius Frühwalt, dessen weltlicher Name Konrad war, hatte seit den Kollegsjahren den jüngsten Bruder nicht mehr gesehen. Vom letzten Schlußwechsel war er von Camilla unterrichtet worden, die ihn dringend aufgefordert hatte, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um dem Abtrünnigen sein sündiges Vorgehen zu vereiteln. Remigius aber war der Ansicht, daß er nicht eingreifen durfte. Damals hatte er gesorgt, daß Jörg die Klostertüre wieder geöffnet wurde. Wenn sein Bruder neuerdings dem Orden den Rücken kehrte, trotz der ernsten Folgen, die für ihn damit verknüpft waren, so mußte er wohl zwingende Gründe haben. Es tat ihm weh, daß Jörg sich nicht auch für den grauen Habit entschloß; nachtragen konnte er es ihm nicht. Er hatte schon zu viele Ordensbrüder wankend werden sehen, ihr Elend mitfühlen müssen, wenn sie nicht den Mut aufbrachten, die Bande zu zerreißen, einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen.

Remigius hatte kurz darnach als Krankenwärter in ein Straßburger Lazarett einrücken müssen. Als er dort erfuhr, daß der „Tropf" allen Drohungen zum Trotze das rheinische Kloster verlassen hatte, konnte er sich einer Verwunderung nicht erwehren. In Jörg mußte ein guter Kern stecken, daß er so mutig seinen Weg schritt.

Dann war die beunruhigende Nachricht von der schweren Erkrankung des Vaters gekommen. Am folgenden Tage als er den Urlaubschein auf der Schreibstube abholte, überreichte man ihm das Telegramm vom Hinscheiden des Vaters.

Nun saß er mit seinem Bruder im Stuttgarter Schloßgarten. Eine sternenklare Mainacht hatte alle Geräusche der Großstadt ge-

Kommunalpolitik.

Aus dem Landesrat Saargebiet.

Saarge! Am Donnerstag den 24. Juni 1931, fand in Saarbrücken eine Vollversammlung des Landesrats mit folgender Tagesordnung statt:

1. Aufwertung von Sparkassenguthaben. 2. Verbot der Ausfuhr von Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen und Geflügelarten, die über die Zollgrenze in das Saargebiet eingeführt worden, und betreffend das Schlachten von Vieh zur Ausfuhr des Fleisches. 3. Jugendgerichtsverordnung. 4. Änderung der Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das schiedsrichterliche Verfahren. 5. Rücklage bei den Trägern der Unfallversicherung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte der Vertreter der Arbeiter- und Bauernpartei Folgendes aus: Meine Herren! Der Landesrat hat sich in mehreren Kommissionssitzungen mit der Verordnung befaßt und gesucht, das schreiende Unrecht, das an den deutschen Sparern begangen wurde, wenigstens zum Teil gutzumachen. Die Arbeiter- und Bauernpartei hat sich bei der Verordnung vom sozialen gerechten Standpunkt leiten lassen, ich beantrage daher zu Paragraph 1 folgende Staffelung: Die ersten 5000 Mk. sind aufzuwerten mit 50 Prozent. Beträge von 5 000 bis 7 500 Mk. zu 45%; von 7 500 bis 10 000 Mk. zu 40%; von 10 000 bis 15 000 Mk. zu 30%; von 15 000 bis 20 000 Mk. zu 25%; von 20 000 bis 25 000 Mk. zu 20%; von 25 000 bis 30 000 Mk. zu 15%; von 30 000 bis 35 000 Mk. zu 12,5%; von 35 000 bis 40 000 Mk. zu 10%; über 40 000 Mk. zu 5%. Mündelgelder in Höhe bis 30 000 Mk. sind mit 50 Prozent, über 30 000 Mk. nach vorgenannter Staffelung aufzuwerten. Auch meine Partei weiß, daß unser Vorschlag nicht überall befriedigen wird, aber wir glauben, daß ein großer Teil der hohen Sparkonten besserituierten Kreisen gehört, die auch heute noch ein gutes Einkommen haben, und sich deshalb eher mit einem niedrigern Aufwertungssatz begnügen können, als die kleinen Sparer, die sich das Geld vom Munde abgespart haben. Da wir das Wilhelmshofer System ablehnen, fällt der Paragraph 2 fort, wir beantragen daher als Paragraph 2, die von den Sparkassen eingestellten Zahlungen sind durch einen Treuhänder zu prüfen. Dem Paragraph 3 stimmt meine Partei zu, weil die Kassen an den Sparern genug verdient haben, und jetzt nicht noch Verwaltungskosten zu erheben brauchen. Desgleichen Paragraph 4, daß die Betriebsüberschüsse zur Aufwertung herangezogen werden. In Paragraph 5 ist meine Partei für Verlängerung der Ausschlußfrist von 3 auf 6 Monate. Desgleichen findet Paragraph 6 unsere Zustimmung. Zu Paragraph 7 beantragt meine Partei folgende Fassung: Die Aufwertung der Sparguthaben erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher Ein- und Auszahlungen, die vor dem 1. 10. 1920 erfolgt sind, mit ihrem Nennbetrag. Ein- und Auszahlungen die nach diesem Termin erfolgt sind, sind mit ihrem Goldmarkwert, gemäß der Tabelle der Saarländischen Aufwertungsverordnung abzuziehen. Den Paragraphen 8 und 9 stimmen wir zu. In Paragraph 10 verlangen wir die Verzinsung vom 1. Januar 1928 in Höhe von 6 Prozent. Zu Paragraph 11 sind wir für Kommissionsbeschluß. Bei Paragraph 12 beantragen wir in Ziffer a 65. Lebensjahr durch 55 zu ersetzen, in Ziffer b soll der Betrag von 6000 auf 10000 erhöht werden. Paragraph 13 und 14 wird nach Kommissionsbeschluß zugestimmt, desgleichen der Härteklausel. Als Anhang der Verordnung verlangt die Arbeiter- und Bauernpartei, daß alle Banken und Kassen durch Gesetz zur Aufwertung gezwungen werden, und wir halten es für richtig, wenn jede Kasse für sich aufwertet, denn die Kassen haben mehr Interesse an der Aufwertung, wenn sie wissen, daß ihr Aufwertungsvermögen auch ihren Sparern zugute kommt, als wenn sie noch einen Teil an andere abführen sollen. Ist eine Kasse durch irgend welche Verhältnisse nicht in der Lage den Durchschnittssatz aufzuwerten, der in dem betreffenden Kreise erreicht ist, so ist der Genossenschaftsverband verpflichtet, der Kasse Zuschüsse zu leisten. Ferner verlangen wir alsbald eine Steuerverordnung zu erlassen, damit Kriegs- und Inflationsgewinne erfaßt und zu 80 Prozent versteuert werden. Auch verlangen wir, daß alle Kommunal- und Kultusanleihen zur richtigen Aufwertung herangezogen werden. Wenn wir uns die Aufwertung des Freistaates Sachsen betrachten, dann sehen wir, daß die Mehrzahl der Kassen über 25 Prozent Aufwertungsmaße haben, 52 über 30 Prozent. Eine sogar 41 Prozent. Das Geld ist da, den Sparern ist es gestohlen worden und die Kriegs- und Inflationsgewinnler haben es eingesteckt und sich große Vermögen erworben. Ich richte daher die dringende Bitte an die Regierungs-Kommission, unsern Vorschlägen zu entsprechen, damit das Unrecht, das den Sparern widerfahren ist, wenigstens zum Teil wieder gutgemacht wird.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde von Freund Backes ausgeführt, daß die Arbeiter- und Bauernpartei gegen die Zollmauern sei. Die Regierungskommission werde auch ohne diese Verordnung Mittel und Wege finden, um die seuchepolizeilichen und sanitären Vorschriften in den Schlachthöfen zur Anwendung zu bringen. Durch das französische Einfuhrverbot sei dem Saargebiet großer Schaden erwachsen; wir haben zu der französischen Regierung nicht das Vertrauen, daß sie ihr Einfuhrverbot aufhebt, wenn wir diese Verordnung annehmen, wir lehnen deshalb die Verordnung ab. Punkt 3 wird einigen Abänderungsvorschlägen zugestimmt. Ebenfalls Punkt 4 nach dem Vorschlag der Kommission. Punkt 5 wurde in die Kommission überwiesen. In der Aussprache über die französische Schulen, und den Gehaltsabbau der Beamten wurde auf die beiden Resolutionen der Arbeiter- und Bauernpartei verwiesen, in denen unsere Stellung zu diesen beiden Punkten klar zum Ausdruck kommt.

Kommunales aus Schwelm.

In unserer am Donnerstag, den 18. Juni, stattgefundenen Stadtverordnetensitzung, kam auch die Notverordnung zur Sprache. Die SPD. und wir hatten eine gemeinsame Entschließung verfaßt, die wie folgt lautet:

Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands.

Entschließung:

Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Juni 1931 bedeutet für die Arbeiter, Angestellten und Kriegsopfer eine unerträgliche Belastung. Obschon feststeht, daß die Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung, sowie Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge kaum zur Beschaffung des Allernotwendigsten ausreicht, soll eine weitere erhebliche Senkung der Unterstützungssätze erfolgen. Durch die erneute Verlängerung der Wartezeit und Ausschaltung der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung werden in den meisten Fällen die Wohlfahrtsämter ergänzend eingreifen müssen. Die Durchführung der Notverordnung bedeutet deshalb eine Verschiebung der Lasten zu Ungunsten der Gemeinde. Sie wird nicht zur Sanierung der Reichsfinanzen führen, sondern die Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschärfen. Da die Kommunen heute schon nicht mehr wissen, wie sie die steigenden Wohlfahrtslasten aufbringen sollen, muß das Reich die scheinbar ersparten Gelder den Gemeinden für die gesteigerten Wohlfahrtslasten zur Verfügung stellen.

Die Stadtverordneten-Versammlung erblickt in der Notverordnung deshalb nur eine Verschiebung der Lasten innerhalb der Versicherungsträger und eine weitere Erschwerung des Verwaltungsapparates. Aus all diesen Gründen ersucht die Stadtverordneten-Versammlung die Reichsregierung, die Notverordnung nicht in Kraft zu setzen.

Als geeignete Maßnahmen zur Sanierung der Reichsfinanzen schlägt die Versammlung vor:

1. Wegsteuerung aller Einkommen über 1000 Mark und aller Pensionen über 500 Mark monatlich;
2. Einstellung der Zahlungen an die früheren Fürstenhäuser und an den bulgarischen Zaren;
3. Erhöhung der Erbschaftssteuer;
4. Herabsetzung des Wehretats;
5. Erhöhung der Besteuerung der Tantiemen und Dividenden um 25 Prozent;
6. Verwendung der dadurch gewonnenen Mittel zur Sanierung des Reichshaushalts und der Arbeitslosenversicherung;
7. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in allen Industrien und Verwaltungen, mit Lohnausgleich.

Die Stadtverordnetenversammlung ist der Ansicht, daß durch die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen die Erwartungen der Reichsregierung viel eher erfüllt werden, wie durch die brutale Maßnahme der Notverordnung.

Nach der Vorlesung sprach einer von der KPD. Er wirft der SPD. vor, daß sie die Entschließung nur gefaßt habe, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Dann griff er auch die ABPD. an. Nur die KPD. ist nach obigem Redner die berufene Schützerin des armen Volkes.

Während der Ausführungen des KPD.-Redners verließen die Rechtsleute nebst Zentrum den Sitzungssaal. Nur der Arbeitervertreter des Zentrums, Herr Kehne, blieb noch im Saal. Aber lange hielt der Mut nicht stand. Nach kurzer Zeit kehrte der Adjudant des am Sonntag vorher gefeierten Schützenkönigs wieder in den Saal zurück, tippte Herrn Kehne auf die Schulter und verschwand mit ihm. Nach der KPD. kam ich dann zu Wort und führte kurz folgendes aus: Zunächst habe ich den Streit zwischen SPD. und KPD. sehr bedauert und verurteilt, und zur Einigung, zur Einheitsfront mit uns gemeinsam aufgerufen. Dann fügte ich noch hinzu, daß man zu den in der Entschließung geforderten Sparmaßnahmen noch hinzufügen müßte, die Millionensteuer zu erheben und die Zahlung der Diäten an die Reichstagsabgeordneten einzustellen, da Brüning ja die Abgeordneten überflüssig mache. Ferner habe ich es bedauert, daß ein Brüning als christlicher Mann, ebenso Hindenburg, so handeln könnten. Der KPD. mußte ich sagen, daß ihr Antrag, daß die Stadt die Mieten für die Erwerbslosen übernehmen solle, ein reiner Agitationsantrag sei, da man ganz genau wüßte, daß die Stadt dieses nicht könnte und auch gar nicht dürfte. Nach kurzer Aussprache wurde obige Entschließung dann einstimmig von der SPD., KPD. und uns angenommen. Einheitsfront.

Dann muß ich noch einflechten, daß die Kollegen der SPD., die mit an der Entschließung gearbeitet haben, es aus wirklich ehrlichem Herzen getan haben. Sie waren mit ihrer Führung in Berlin absolut nicht einverstanden. Es ist leider Gottes immer die Führung, die die Massen nicht zusammenkommen läßt. Unsere Führung dagegen ruft immer, schafft die Einheitsfront über die Parteizäune hinweg und hier sagt eine jede: nur wir, nur wir. Aber nur Mut, die Not schweißt uns schon zusammen, und dann ist der Zentrumsfaschismus erledigt.

F. Schimmer.

Rechtsschutzecke.

Wichtiges aus der letzten Notverordnung.

Krisensteuer müssen alle Lohnsteuerpflichtigen bezahlen. Befreit sind aber alle Arbeitnehmer, bei denen (infolge der steuerfreien Lohnteile) der Lohnsteuer-Abzug regelmäßig unterbleibt. Ferner sind frei die Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder und Gemeinden, deren Bezüge nach der Notverordnung gekürzt werden. Befreit sind auch bestimmte Einnahmen, wie z. B. die Militärrenten, Vorzugsrenten (Kriegsanleihe), Krankengeld etc., ebenso bare Auslagen, die der Arbeitgeber rückerstattet (Reisespesen usw.) Steuerpflichtig ist der Bruttolohn, d. h. der Gehalt oder Lohn ohne jeden Abzug von Sozialbeiträgen etc. Zum Zweck der Krisensteuerkürzung wird der Bruttolohn abgerundet und zwar bei Monatsgehältern auf den nächstgeringeren durch 5 teilbaren Reichsmarkbetrag, also z. B. RM. 223.— **Monatsgehalt auf RM. 220.—**, bei Wochenlohn auf den nächstniederen Reichsmarkbetrag, also beispielweise **RM. 34.75 Wochenlohn auf RM. 34.—.**

Die sich danach berechnende Krisensteuer ist abzurunden auf den nächsten vollen Pfennig (in größeren Betrieben). Nur bei Beträgen bis 5 durch Marken [illegible] ausnahmsweise der nächstniedere durch **5 teilbare Pfennigbetrag.**

Bei Monatsgehältern ist die Krisensteuer erstmals fällig bei der Auszahlung des für Juli [illegible] bestimmten Gehaltsbetrages. Bei Wochenlohn ist erste Krisensteuer zu kürzen am 11. Juli 1931, wenn der Lohn vom Montag bis Samstag berechnet ist. Ein früherer Termin kommt nur dann in Frage, wenn die ganze Lohnwoche in die Zeit **nach dem 30. Juni 1931** fällt.

E. P.

Eine wichtige Neuerung der Hinterbliebenenfürsorge der Arbeitsinvaliden

bringt eine Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen, die im Reichsgesetzblatt Nr. 22 vom 6. Juni 1931 veröffentlicht ist: Die Klärung der Ansprüche jener Invalidenhinterbliebenen, deren Versicherter am 1. Januar 1912 schon verstorben oder dauernd erwerbsunfähig war. Nach einer Bestimmung vom 12. Juli 1929 wurden auf die Wartezeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge nur die nach dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge in Anrechnung gebracht, wenn der Antrag bis zum 31. Dezember 1930 noch nicht verbescheiden war.

Mit Gesetz vom 12. Juli 1929 wurde der Artikel 71 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung außer Kraft gesetzt, nicht aber, wie das notwendig gewesen wäre, auch der Artikel 68, wenn die in der früheren Regelung aufgetretenen Härten endgültig aus der Welt geschafft werden sollten. Nach dem 1. Juni 1931 war es auf Grund der geltenden Bestimmungen nicht mehr möglich, Gesuche der Hinterbliebenen auf Hinterbliebenenrente zu genehmigen oder die bei den Landesversicherungsanstalten laufenden Gesuche um Gewährung der Hinterbliebenenrente oder der oben bezeichneten Hinterbliebenen zu verbescheiden.

Den Bemühungen des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, München, Augsburgerstraße 2/0, ist es nun gelungen, das Reichsversicherungsamt und die gesetzgebenden Stellen zu einer Korrektur dieser zahlreiche Invaliden-Witwen benachteiligenden Bestimmungen zu veranlassen. Nach der neuen Verordnung ist der in Betracht kommende Artikel 68 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung in folgender Fassung anzuwenden: „Auf die Wartezeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge (§§ 1252/1327 der RVO.) werden auch die für die Zeit vor dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge angerechnet." Diese Vorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1931 in Kraft.

Damit ist der Weg geebnet für eine Verbescheidung der bei der Landesversicherungsanstalt vorliegenden Gesuche um Hinterbliebenenrente, die nun nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Zum Arbeitsrecht.

Gestohlene Kleider hat der Arbeitgeber zu ersetzen, wenn sie in der hiezu bestimmten Kleiderablage aufbewahrt waren. Und zwar hat er dem Arbeitnehmer nicht etwa nur den Wert des Kleidungsstückes zur Zeit des Diebstahles zu ersetzen, sondern er muß den für die Wiederbeschaffung notwendigen Geldbetrag zur Verfügung stellen.

---

dämpfe; nur vereinzelt hörte man Stimmen, Pfiffe der Lokomotiven, das Klingeln der Straßenbahnen oder das Hupen eines Autos.

Konrad hatte den Arm um den Bruder geschlungen. Jörg weinte still in sich hinein, während der Feldgraue von der schweren Krankheit, einem Hirnschlage erzählte, an dessen Folgen der Vater so plötzlich gestorben war.

Das gemeinsame Leid schloß die Brüder zusammen.

Mit einem plötzlichen Ruckte machte sich Jörg frei, sprang auf und stöhnte: „Je näher ich Husingen komme, desto schrecklicher wird's mir! Ich kann, ich darf nicht heim!"

„Jörg, keinen Gruß hast du dem toten Vater? Willst ihn nicht zu seinem letzten Ruheplatze geleiten? Was hat dir der Vater zuleide getan?"

Voll Weh stöhnte Jörg: „Quäle mich nicht, fühlst du nicht, wie ich leide?

Sie steinigen mich, geben mir die Schuld am Tode..."

„Hör auf, du weißt nicht, was du sprichst!" entgegnete Remigius vorwurfsvoll. Gehorsam setzte sich Jörg auf seinen Platz. Konrad nahm die Hände vom Gesichte und begann eindringlich: „Hast du allein den Vater verloren? Denkst du nicht daran, daß auch wir, Magda und ich den schwersten Schmerz erlitten? Nun sind wir ganz elternlos. Deine Mutter war ja immer recht zu uns Stiefkindern, aber konnte sie uns lieb haben wie ihre eigenen Kinder? Dir bleibt die Mutter, Jörg; wir haben niemand mehr!!" — —

„So kann nur Remigius, der Mönch reden, der keine Ahnung hat, wie ich behandelt werde, seit ich von Oberhofen fortging!" Mit bitterem Vorwurfe redete er weiter, zu dir keinen Zwang an, brich ruhig den Stab über mich. Es ist noch lange nicht genug auf mich eingehauen worden; vielleicht wird nun das Maß voll werden und . . ."

Remigius unterbrach ihn mit einer erzürnten Bewegung: „Hast wirklich Grund, mir Kränkungen zu den Kopf zu werfen! Ich habe mit keinem Worte deine Flucht aus dem Kloster erwähnt; hab mich nicht in Sachen eingemischt die nur dich allein angehen. Ich nehme mir nicht das Recht heraus, dich zu verurteilen. Du selbst mußt darüber klar sein, was aus dir werden soll!"

„Sprich nicht um die Sache herum, weißt du wirklich nicht, was die Mutter sagt? Daß mir das Elternhaus verschlossen ist? Wenn ich morgen früh zum toten Vater will, werfen sie mich die Treppe hinunter. Engelbert wird die Faust heben. . . ."

„Nichts geschieht, solange ich daheim bin; werde dafür sorgen, daß endlich Friede wird zwischen uns. Wir haben ihn bitter nötig, gerade jetzt; das wird auch die Mutter einsehen. Nur eines will ich von dir wissen, Jörg, ehrliche Antwort auf die einzige Frage, die ich wegen deines letzten Schrittes an dich richten muß. Wirst wohl begreifen können, daß es mir nicht so ganz einerlei war, als ich von allen Seiten mehr oder weniger versteckte Vorwürfe zu hören bek. , weil du zum zweiten Male aus dem Kloster gingst. Ich habe geschwiegen, dir zu liebe. . . . Sag mir offen, gefällt dir das Leben in der Welt, oder mußt du deinen Schritt wiederum bereuen wie damals im Konvikte? Dein Aussehen, Bruder, läßt mich leider nichts gutes ahnen. Doch ich will nicht drängen, der heutige Tag ist nicht geeignet für solche Unterredungen; sollst dir deine Anwort ruhig für später aufsparen."

Frühwalt reckte sich, als ob ihm neue Kraft erwachsen wäre. Er bekannte offen: „Es geht mir herzlich schlecht, sofern man meine äußere Lage in Betracht zieht. Bin vollständig abgebrannt, verdiene bis heute noch keinen Pfennig. Es ist hart für mich, von den Verwandten abhängig zu sein. Sie lassen es mich mit keinem Worte fühlen, tun für mich, was sie nur können, auch jetzt gab mir die Tante für die Heimreise wieder 50 Mark. Ich kann es ihr nie vergelten! — Täglich brauch' ich was Anderes. Beguck dir diesen Anzug! Es ist mein einziger für Sonntag, weiß nicht, wie ich zu einem andern kommen soll. Der da kracht in allen Nähten, will ich mal ordentlich Luft holen. — Nun hatt' ich eine ganze Menge Nachhilfestunden in Aussicht; mein Ordinarius, dem ich gelegentlich von meiner Not beichtete, hat sie mir verschafft. Wie's wird nach meiner Heimreise, weiß ich nicht; ich denk', die so nötigen Gelder laufen mir nicht weg. — So steht's Bruder, zum Verzweifeln schlecht! Aber innerlich herrscht froher, starker Glaube an eine bessere Zukunft. Nie in meinem Leben war ich so zufrieden und frei wie in den kurzen Koblenzer Wochen. Niemand steht hinter mir, der droht, verbietet! Wenn mal ein mufflger Schulmeister damit kommt, so kann er uns nicht damit schrecken! Aus den Büchern daheim, draußen in Gottes herrlicher Natur verbläßt alles Böse, alles Häßliche! Bruder, es ist ja garnicht wahr, wir Jungen wollen nichts Schlechtes, wie man immer behauptet; nur wenn man vor den Kopf gestoßen wird, an uns herumnörgelt, werden wir irre, begehen Dummheiten. — Jetzt erst ist mir klar geworden, was mir gefehlt hat in den Jammerjahren: Nie hat mich jemand nach eigenen Wünschen, eigener Meinung gefragt, immer mußte man Wünsche, Befehle der Großen, der Alten ausführen. Der kleinste Wunsch, den man zu äußern wagte, unterstand lieblosler Kritik, galt nicht, war töricht, dumm oder böse!"

„Eines, Jörg", unterbrach ihn Remigius, dem seine Worte eine schwere Sorge abgenommen hatten, „darfst nicht außer Acht lassen! Vergiß nicht das Gute, das du im Kloster gesehen hast; man kann's gebrauchen in der Welt, das hab' ich selbst schon gespürt, seit ich Soldat bin. Und in die Kirche wirst hoffentlich gehen!"

„Dafür sorgt schon der Relegionslehrer. Es ist wahr, Konrad, ich gehe seltener hinein, als du vielleicht annimmst. Und muß du offen gestehen, ich finde nicht mehr so leicht den Weg zum Herrgott wie in meiner Kinderzeit. Aber ich suche ihn, dessen Bild mir mehr und mehr entschwindet, ich glaube, er wird auch mein Suchen gelten lassen. Eines weiß ich: Gut sein müssen wir, ob der Herrgott so oder anders ist, ob er mir in der Nähe oder aus weiter Ferne winkt. Liebe zum Guten, Schönen und Edeln existiert auch außerhalb und abseits kirchlicher Lehre und Konfession." „Jörg Jörg, mir scheint, die alten Heiden haben dich schon arg angesteckt, daß du am Ende noch deinen Glauben über Bord wirfst. Versprich mir, Bruder, vergiß nie das Beten, vergiß nicht die Gottesmutter!"

„Hab keine Sorge, Konrad, ich vergesse nicht!" entgegnete Jörg voll Bitterkeit bei der Erinnerung an die vergangenen Jahre. „Beten tut 's nicht, sonst hätt' ich nicht solche Zeiten hinter mir, ich möcht' sie dir nicht wünschen! " — — —

An der Sperre wartete eine große Anzahl Menschen, die in leeren Rucksäcken, Kisten und Schachteln bepackt, ihre Frühfahrt ins „Hamsterland" unternehmen wollten.

Ein jämmerlicher Bummelzug führte die Brüder nach langen Stunden in ihre Heimnat.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung.

Beschlüsse der ABPD.

am 22. Juni, Kreisverband Dortmund und Umgebung.

Aufgaben für die Ortsgruppen, die innerhalb der nächsten 6 Wochen, datierend vom 28. ds. Mts., durchgeführt werden müssen:

Den Ortsgruppen wird angesichts der politischen Situation und im Hinblick auf die Aufgabe der Partei zur Pflicht gemacht, folgendes Aktionsprogramm innerhalb der gestellten Frist durchzuführen:

1. Am Standort der Ortsgruppe eine gut vorbereitete und durchorganisierte öffentliche Versammlung abzuhalten. (Referent durch Kreisverband, Zentrale, oder Landesleitung.)
2. In einem Nachbarort der Ortsgruppe, der noch Neuland für unsere Sache bedeutet, eine erste Versammlung durchzuführen, so den Anfang für eine Ortsgruppe an diesem Orte zu schaffen.
3. In jeder Ortsgruppe eine Frauengruppe wenigstens in ihren Anfängen zu organisieren. (Die Frau des Arbeiters und Bauern muß den Kampf des Mannes teilen. Heute hemmt und hindert die Frau zumeist. Das muß durch die politische Aufklärung und Aktivisierung der Frau für ihr Gebiet überwunden werden. Die Frau gehört in jeder Beziehung an die Seite des Mannes auch im politischen Kampf.)
4. Unbedingt die Jugend, wenn auch erst in kleiner Zahl, in der „Arbeiter- und Bauernjugend Deutschlands" zu organisieren. (Fordert Material von der Reichsleitung der Jugend, Adresse: Paul Feltrin, Würzburg, an.)
5. Innerhalb der gestellten 6 Wochen endlich einen Kreistag der in Frage kommenden Kreisgruppen einzuberufen. Oder wenigstens, wo noch keine Kreisorganisation vorhanden, dieselbe auf einem einzuleitenden Kreistag zu gründen.

Von den anwesenden Gruppen wurde versprochen, dieses Programm restlos durchzuführen und nach Ablauf der gestellten Frist in größerer Tagung wieder zusammenzukommen und die gemachten Erfolge, Erfahrungen und Fehler auszutauschen und gemeinsam zu weiteren Aktionen zu schreiten.

Es wurde beschlossen, einen Wettbewerb der Gruppen untereinander durchzuführen. Freunde handelt und arbeitet, damit das gestellte Programm durchgeführt wird. Das letzte Wort in der deutschen Politik müssen die Arbeiter und Bauern sprechen. Sorgt dafür!

Freunde im Reich! Überall dort, wo wir aktiv arbeiten, macht unsere Sache und damit die Sache des werktätigen Volkes Fortschritte. Unsere Stunde ist gekommen. Was in einem Kreise möglich ist, muß und wird im ganzen Reiche möglich sein. Es muß Ehrenpflicht aller Ortsgruppen sein, obiges Programm überall durchzuführen. An die Arbeit, erobert unsere Zukunft! Die Reichsleitung. I. A.: P. Feltrin.

Landesverband Baden

Wir weisen darauf hin, daß das N. V. aufliegt, auch in den Bahnhofbuchhandlungen, Freiburg i. Brsg., Neustadt (Schwarzwald) und Waldkirch i. Breisgau. Freunde beachtet dies.

Mannheim. Am Mittwoch, den 8. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Lokale M. 4, N. 10, Monatsversammlung. Ein Freund der ABPD. wird sprechen über unser Programm und die gegenwärtige politische Lage im Reich, Notverordnung und Moratorium. Wir laden alle Mitglieder und Freunde unserer Bewegung mit Frauen und erwachsenen Jugend zu dieser wichtigen Versammlung ein und bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Singen (Hohentwiel). Die Postbezieher und Leser des Neuen Volk, (Käufer am Bahnhofkiosk) sowie alle Freunde unserer Bewegung, die dem Werbeausschuß noch nicht bekannt sind, werden gebeten, ihre Anschrift bei Alois Hilpert, Wiesenstr. 2, abgeben zu wollen. Sammlung aller Freunde unserer Bewegung ist dringende Notwendigkeit. Jeder Leser des NV. wird gebeten, bezw. ist verpflichtet, neue Freunde für unsere gute Sache zu gewinnen. Gebt bitte das Neue Volk an Bekannte und Arbeitskameraden weiter. Jeder einzelne muß werben — Kämpfer sein. Auf zur Tat!

Seelbach b. Lahr. Samstag, den 4. Juli abends 8 Uhr findet bei Freund Mark eine Zusammenkunft statt, bei der über die mittelbadische Bezirkstagung berichtet wird. Dann können wir die freudige Mitteilung machen, daß eine ganze Reihe Freunde hier der Samaritergenossenschaft beigetreten sind. Wir wünschen, daß noch mehr Freunde die so gute Sache unterstützen.

Landesverband Bayern.

An alle Partei- u. Jugendortsgruppen. Am 10. u. 11. Oktober d. J. findet in Nürnberg das 1. bayer. ABJ.-Landestreffen mit Delegierten-Konferenz statt. Jede der Ortsgruppen soll hierzu wenigstens eine kleine Jugend-Delegation schicken. Damit aber aus den Vorbereitungsarbeiten ein wirklich erfolgreiches Zusammenwirken zustande kommt, ist es notwendig, daß alle bayerischen, einschließlich pfälzischen Ortsgruppen unmittelbar mit dem vorbereitenden Komitee in Verbindung treten und ihre Anschriften bekannt geben. Alle diesbezüglichen Schriften sind zu richten an: K. G. Lutterbach, München, Oberanger 11 b/3.

München, Bezirksgruppe Süd-Ost. Donnerstag, den 2. Juli, findet im Gasthaus „Wurzhütte", Humboldstr. 6, ordentliche Mitgliederversammlung statt. Es spricht Freund K. G. Lutterbach über das Thema: „Die politische Lage und unsere nächsten Aufgaben". Beginn abends 20 Uhr (8 Uhr). Gäste sind willkommen.

Arbeiter- und Bauernjugend. Jeden Montag im Gasthaus „Wurzhütte" Gruppenabend. Jeden Donnerstag dortselbst Schulungskurs für das politische Grundwissen. Bringt neue, unverdorbene Kräfte mit, damit wir sie für die Bewegung gewinnen und sie zur Mitarbeit heranziehen können.

Samariter-Werk. Wir treffen uns jeden 2. Dienstag im Monat im Gasthaus „Wurzhütte", Humboldstr. 6.

Kreisverband Unterfranken. Am Montag, den 6. Juli, findet in Aschaffenburg ein Sprechtag statt für alle Rechtsfragen einschl. Arbeitslosenversicherung. Lokal Heyland Schwind, Roßmarkt. Die Sprechzeit ist bereits ab 8 Uhr früh. Sämtliche Freunde, die noch schwebende Fälle am Arbeitsamt haben, mögen sich einfinden. Des weiteren erteilt Freund Zimmermann Auskunft über zinslose Bausparkassen.

Landesverband Rheinland.

Achtung! Stadtverband Köln. Alle Vorsitzenden von Ortsgruppen des Stadtbezirkes treffen sich am Donnerstag, den 9. Juli ab 8 Uhr bei Freund Simon, Köln-Deutz, Heribertusstraße 4. Erscheinen wegen der Wichtigkeit der zu besprechenden Dinge unbedingt erforderlich.

Der Vorsitzende des Stadtverbandes.

Wuppertal (Rhld.). Unsere letzte Monatsversammlung war äußerst regs. In Rede und Gegenrede referierte Herr Springmeyer vom Wäro-Ausschuß über Gold- oder Warenindexwährung und Schaffung eines Schwundgeldes. Wir haben einen lehrreichen Abend hinter uns und lassen wir recht bald einen weiteren Diskutierabend folgen. — Am Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokale Lichte, Barmen, Bismarckstraße 79, die nächste Monatsversammlung unseres Stadtverbandes statt. Zu dieser Versammlung erscheint Freund Hofmeister (Hagen) und spricht über „Die neue Notverordnung, eine weitere Verelendigung des schaffenden Volkes". Es ist Pflicht eines jeden Freundes, pünktlich zu erscheinen, auch richten wir an unsere Leser des NV. die Bitte, recht zahlreich zur Stelle zu sein. Sodann bitten wir, einmal unsere Frauen mitzubringen, hat doch unsere Nachbargruppe Schwelm schon recht schöne Fortschritte in dieser Frage gemacht. Freund Hofmeister, von den Moralpredigern der Zentrumspartei mit allen Mitteln gehaßt und verleumdet, wird uns manches erzählen, was ihn bewogen, jener Partei den Rücken zu kehren und zu uns zu kommen. Sorgen wir also, daß alle pünktlich zur Stelle sind, auf daß uns der Abend ein weiterer Ansporn wird, in unserm Kampf gegen Ausbeutung und für Freiheit und Evangelium.

Außerordentliche Parteitagung des Landesverbandes Rhld. in Düsseldorf.

Am Sonntag, den 28. 6., fand in Düsseldorf eine erweiterte Landesvorstandskonferenz statt. Durch das außerordentliche Interesse für die Tageordnung wurde die Tagung aber fast zu einem kleinen Parteitag. Wichtige Beschlüsse wurden gefaßt und werden durchgeführt werden. Alles was bisher die Arbeit im Landesverband Rhld. durch Personen wie Sache gehemmt hat, könnte bereinigt werden im Interesse der Partei. Es wird nun die Voraussetzung dafür da sein, daß auch die Landespartei im Rhld. die schon länger vermißte Aktivität wieder aufnimmt.

Unter anderem wurde eine Einteilung des Landesverbandes in Kreise mit dafür besonders verantwortlichen Kreisleitern bestimmt. Die Einteilung der Kreise erfolgt nach Regierungsbezirken. So wird für den Regierungsbezirk Düsseldorf rechts des Rheines Freund Lohest aus Barmen verantwortlich sein. Für Düsseldorf linksrheinisch Theo Hespers, M.-Gladbach. Für Köln W. Valder aus Köln. Für Kreisverband Aachen wird die Kreisleitung noch bestimmt. Die benannten Kreisleiter wurden verpflichtet, innerhalb kürzester Frist eine Kreistagung durchzuführen und da eine feste Kreisleitung zu organisieren und die Arbeiten im Kreis in Angriff zu nehmen. Die Ortsgruppen, die in die bezeichneten Kreise fallen (die Kreise werden noch näher begrenzt), unterstehen zunächst der Kreisleitung.

Durch diese Dezentralisation wird eine planmäßigere Arbeit erreicht werden können. Die größte Schwierigkeit wird sein, die notwendigsten Mittel aufzubringen. Aber auch das kann und wird geschehen können, wenn die Ortsgruppen in der Kleinarbeit und Organisation nicht versagen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Partei in Bezug auf ihre Organisation einige Schreibmaschinen, sowie aber auch Motorräder notwendig gebrauchen kann. Wer kann uns Angaben machen, wo wir billig und preiswert an diese Gegenstände kommen können? Zuschriften an die Zentrale Würzburg, Karthause 11 a. — Ein ausführlicher Bericht mit Beschlüssen über die rheinische Tagung folgt noch.

Ortsgruppe Gütersloh. Durch umfangreiche Vorbereitungen und tatkräftiges Werben, ist unsere junge Ortsgruppe am 19. Juni zum ersten Mal mit einer öffentlichen Versammlung im großen Saale des Bahnhof-Hotels auf den Plan getreten. War der Tag an und für sich auch nicht sehr günstig, da in gleicher Woche 3 politische Versammlungen stattfanden, so war der Besuch doch zufriedenstellend. Gegen ½9 Uhr eröffnete unser Vorsitzender die Versammlung mit begrüßenden Worten an die Erschienenen und besonders an unseren Landesparteivorsitzenden Freund Kleffmann, dem er gleichzeitig das Wort zu seinem Vortrage „Der Weg aus der Not", erteilte. Der Redner führte zunächst in groben Zügen aus, wie sich die Partei den Weg aus der Not dieser Zeit denkt. Es seien gegenwärtig nur zwei Parteien in der Lage, einen Weg zu zeigen, und zwar die KPD. und die ABPD. In Sozial- und Wirtschaftsfragen hätten beide Parteien viel Gemeinsames. Dagegen beständen in Bezug auf Gewissensfragen und christlicher Weltanschauung unter ihnen eine große Kluft. Das Ziel der ABPD. sei die wirkliche Volksgemeinschaft, die erst dann geschaffen werden könne, wenn die Bevölkerungsmassen sittlich und sozial gehoben seien. Freund Kleffmann hielt dann einen Rückblick auf die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, sprach über die Notverordnungen und ihre Auswirkungen, die er mit besonders scharfen Worten kritisierte. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine fast zweistündigen Ausführungen. Nach 10 Minuten Pause, in der auch verschiedene Anfragen eingegangen, stellte in der Aussprache ein Kommunist fest, daß die Gründer einer neuen Arbeiterpartei Arbeiterverräter seien, und nannte den Redner einen „verkappten Pfaffen". Für seine persönlichen und beleidigenden Ausführungen fand der Diskussionsredner selbst bei seinen eigenen Genossen schärfsten Protest. Auch Freund Kleffmann wiederlegte in seinem Schlußwort in beherrschter Form die gegen ihn gerichteten Angriffe, und der überzeugende Eindruck seiner Ausführungen gab abermals Beweis durch laute Kundgebungen. Durch diese Versammlung wurde eine weitere Anzahl Mitglieder und Freunde für unsere Bewegung gewonnen. Somit haben auch wir eine starke Bresche für unsere Bewegung geschlagen und werden mit vereinten Kräften auf diesem Wege zum Erstarken der ABPD. weiter arbeiten. P.

Landesverband Westfalen.

Drolshagen. Am Sonntag, den 28. Juni, fand in Drolshagen, Kreis Olpe, eine öffentliche Versammlung der Arbeiter- und Bauernpartei, morgens nach dem Hochamte, im Lokale „Alten Auge", statt. Die Versammlung war gut besucht. Es sprach Freund Hofmeister aus Hagen über „Volksnot und christliches Gewissen", Freund Kraft aus Dortmund sprach über: „Was will die Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands?"

Die Ausführungen beider Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es war bisher in Drolshagen nicht möglich gewesen, zur Abhaltung einer unserer Versammlungen ein Lokal zu bekommen, aber unsern Freunden aus Schürholz, Krs. Olpe, gelang es, trotz Hintertreibung gewisser Kreise, ein Lokal für unsere Versammlungen festzulegen. Wie ja allen Freunden bekannt, war ja das Sauerland bisher eine Hochburg des Zentrums, aber man konnte am Sonntag feststellen, daß sich auch in Drolshagen eine große Anzahl Anhänger der Arbeiter- und Bauernpartei befinden. Die Freunde werden in der nächsten Zeit eine größere Agitation für die Arbeiter- und Bauernpartei veranstalten und werden dann eine Ortsgruppe gründen. Alle Vorbereitungen werden mit Hilfe der Geschäftsstelle in Dortmund getroffen, um in nächster Zeit eine größere Kundgebung zu veranstalten, an der sich sämtliche in der Nähe von Olpe gelegenen Ortsgruppen beteiligen werden. Dieser Vorschlag, den Freund Kraft der Versammlung unterbreitete, wurde mit großem Beifall aufgenommen und jeder Freund versprach, mit größter Aktivität für diese Kundgebung zu werben.

Nun, liebe Freunde, heraus aus der Defensive zur Offensive für Freiheit, Arbeit, Brot und Evangelium. Unsere Losung auch im Sauerland kann nur lauten: Hinein in die Arbeiter- und Bauernpartei!

Schürholz (Schreibershof). Am 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, fand in Schürholz, Olpe-Land, eine öffentliche Versammlung der Arbeiter- und Bauernpartei, im Lokale Stupperich statt. Als Referenten waren erschienen Freund Hofmeister aus Hagen, der über das Thema sprach: Volksnot und christliches Gewissen, sowie Freund Kraft aus Dortmund sprach über: Was will die Arbeiter- und Bauernpartei?

Beide Referenten ernteten nach Schluß der Referate großen Beifall. Auch in Schürholz marschiert die Arbeiter- und Bauernpartei. Die hier vor ca. 2 Monaten gegründete Ortsgruppe hat sich sehr gut entwickelt und hier konnte man ganz besonders sehen, welchen Erfolg die Kleinagitation von Mann zu Mann hat. Wir wollen hier keine Zahlen nennen, ab. wir können versichern, daß viele Steine aus dem Zentrumsturm herausgebrochen sind. Liebe Freunde, wenn wir so weiter arbeiten, wird es nicht lange dauern, bis der letzte Mann aus Schürholz in unseren Reihen steht. Dieses zeigte ganz besonders die Stimmung aus der Versammlung heraus, da die Anwesenden bekundeten, daß sie auf keinen Fall mit den Regierungsmaßnahmen, besonders mit den Notverordnungen einverstanden seien. Auch wir Kleinbauern und Arbeiter aus dem Sauerlande sind es endlich leid, uns noch weiter durch schöne Versprechungen gewisser Kreise in Zukunft mißbrauchen zu lassen. Für uns gibt es nur eine Parole: Sturz dem kapitalistischen System, Aufbau des Staates der Arbeiter und Bauern durch den christlichen Sozialismus. Freund Kraft machte bekannt, daß in der nächsten Zeit eine große Kundgebung sämtlicher Ortsgruppen des Kreises stattfinden soll, bei der einer unserer Führer von der Reichszentrale das Referat halten wird. Dieser Vorschlag wurde mit sehr großem Beifall aufgenommen und alle Anwesenden versprachen, diese Kundgebung ein gewaltiger Aufmarsch der Arbeiter und Bauern in hiesiger Gegend werden soll.

Auch an Euch, Freunde aus den anderen Ortsgruppen, richten wir den Appell, zu agitieren von Mann zu Mann, damit, wenn die Kundgebung stattfindet, der letzte Mann zur Stelle ist.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß Freund Kraft aufforderte, ihm die Adressen von Freunden aus Orten im Sauerland, die gewillt sind, Ortsgruppen zu gründen, zu schicken und zwar an die Ge-

Rheinisch-westfälisches Treffen der Arbeiter- und Bauernjugend.

Am 1. und 2. August findet in Gladbeck in Verbindung mit einer größeren Friedenskundgebung das rheinisch-westfälische Jugendtreffen der ABJ. statt. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiter- und Bauernjugend im Rhein- und Ruhrland aktiv wird. Die Not und unsere eigene Aufgabe rufen uns auf den Plan. Die Mängel unserer eigenen Arbeit müssen beseitigt werden. Wir müssen wahr machen und die Voraussetzungen dazu schaffen, daß die Arbeiter- und Bauernjugend Deutschlands aufsteht und ihre Zukunft erkämpft.

Das Programm für die Tagung wird noch bekannt gegeben. Anmeldungen zu dem Treffen sind an Robert Schöning, Gladbeck i. Westf., Hegestr. 55, zu richten. Alle Gruppen sind verpflichtet, Jugenddelegierte zu entsenden. Alle einzelnen im Lande sollen kommen und hören und lernen. Der letzte Mann muß auf den Plan, um sich einzureihen in unsere Kampffront und festes Glied zu werden.

Arbeiter- und Bauernjugend und Ortsgruppen der Landesverbände Rheinland und Westfalen.

Die Arbeiter- u. Bauernjugend — Gruppe Gladbeck i. Westfalen — veranstaltet in Verbindung mit dem rheinisch-westfälischem Jugendtreffen am 1. und 2. August d. J. eine große Friedenskundgebung. Wir ersuchen deshalb alle Jugend- und Ortsgruppen beider Landesverbände der ABPD., sich aktiv an dieser Kundgebung zu beteiligen. Der letzte Mann aus jeder Gruppe muß an die Front. Um alle Vorbereitungen treffen zu können, ist es notwendig, das alle Gruppen, die an unserer Kundgebung teilnehmen, uns hiervon so schnell wie möglich in Kenntnis setzen. Auch muß angegeben werden, ob die Gruppen schon Samstags oder erst Sonntags kommen, damit wir bei starkem Besuch das Jugendheim der Stadt Gladbeck für Schlafgelegenheit in Anspruch nehmen können. Um eine genaue Übersicht über den Kartenvorverkauf zu erhalten, bitten wir alle Jugend- und Ortsgruppen, Vorverkaufskarten zu fordern und umzusetzen. Alle Anschriften sind zu richten an: **Robert Schöning, Gladbeck i. Westfalen, Hegestraße Nr. 55.**

Das Programm der Veranstaltung ist folgendes:

1. Öffentliche Kundgebung am Samstag, den 1. August 1931, abends 8 Uhr im Saale Josef Duma. Referenten: Vitus Heller, Würzburg, und noch zu bestimmender Referent.

2. Am Sonntag, den 2. August 1931, abends 8½ Uhr Aufführung des Frontstückes: „Der Mensch steht auf"! Aufgeführt auf der Waldbühne im Stadtwald, bei Regenwetter im Stadttheater. Das Eintrittsgeld beträgt am Samstag abend für Erwerbslose 0,30 M., alle anderen 0,50 Mk., für die Aufführungen am Sonntag I. Platz 0,80 Mk., II. Platz 0,60 Mk.

Und nun Freunde aus nah und fern, helft mit, daß der 1. und 2. August eine **Massenkundgebung** und ein Bekenntnis für unsere unaufhaltsam vorwärtsmarschierende Sache wird, und vergeßt die roten Fahnen mit dem schwarzen Kreis nicht. Alles nähere noch im „Neuen Volk".

I. A. der Arbeiter- u. Bauernjugend Gladbeck: Robert Schöning.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

schäftsstelle [illegible] Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, D[illegible]tmund, Missunastraße 41.

Nachdem Freund Kraft noch auf die Verbreitung des Kampfblattes „Das Neue Volk" hinwies, wurde die sehr gut verlaufene Ver[illegible]ung nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Dortmund. In dieser Woche erscheinen zum erstenmale Inserate aus Dortmund. Es ist Pflicht der Freunde, daß sie Ihre Einkäufe nur in diesen Geschäften decken und sich auf das Inserat im N.V. berufen. Die Auflage des N.V. in Dortmund hat sich in den letzten Wochen verdoppelt und werden in Zukunft noch mehr Dortmunder Inserate erscheinen.

Versammlungen im Dortmunder Bezirk mit Paul Feltrin.

Hombruch-Barop. Vor überfülltem Hause sprach hier Paul Feltrin. Die Versammlung war ein voller Erfolg. Diskussion nur mit Kommunisten. Die Genossen taktierten nicht gerade glücklich. Das Volk der Arbeit wird und muß lernen, alles was trennt, zurückzustellen, und den gemeinsamen, wirtschaftlichen und sozialen Kampf zu kämpfen. Das gilt für die Kommunisten im Hinblick auf die religiöse Überzeugung. Die Versammlung brachte viele Neuaufnahmen und Leser. Die Einheitsfront marschiert, die Arbeiter- und Bauernpartei wird der Mörtel dazu sein. Freunde in Hombruch-Barop, vorwärts, erobert die Kommune!

Groß-Dortmund. Am 20. abends fand hier im „Bürgerhaus" eine öffentliche Versammlung mit Freund Feltrin statt. Die Kundgebung war ein einzigartiger Erfolg und ein Dokument für die Einheitsfront. Auch hier die Feststellung, daß die Arbeiter- und Bauernpartei innerhalb der Einheitsfront die gewaltige Aufgabe des Schlußsteins hat. Unter reichem Beifall und in voller Einmütigkeit wurde die Versammlung geschlossen. Dortmunder Freunde, vorwärts! Der steinige Boden Dortmunds muß fruchtbar gemacht werden. Im Herbst müssen wir stehen, arbeiten und vorbereiten, daß unsere Absicht, die Westfalenhalle im Herbst zu füllen, Wirklichkeit wird.

Waltrop. Unsere rührigen Waltroper treuen Freunde brachten am Sonntag Morgen eine volle Versammlung mit P. Feltrin zustande. Hier am Eingangstor des Münsterlandes haben wir besondere Aufgaben. Das westfälische Bauernland muß erobert werden. In ganz kurzer Zeit brachte die Ortsgruppe Waltrop eine stattliche Ortsgruppe zusammen. Die Versammlung war ein weiterer Erfolg. Zentrums- und SPD.-Redner mußten abziehen. Die Waltroper Wähler gehören in die ABPD. und nicht in das Zentrum oder die SPD. Freunde auf vorgeschobenem Posten, verwirklicht das Bündnis von Stadt und Land.

Eving b. Dortmund. Der erste Aufbruch in einer öffentlichen Versammlung für die Arbeiter- und Bauernpartei wurde hier am Sonntag in einer Versammlung mit Freund Feltrin gemacht. Das schöne Wetter und die ungünstige Zeit taten dem Besuch einigen Abbruch. Aber der Erfolg war gut. Einige Neuaufnahmen wurden gemacht und der erste Grundstein in der öffentlichen Arbeit ist gelegt. Durch intensive Kleinarbeit weiter vorwärts.

Freunde in Westfalen, besonders im Dortmunder Gebiet. Unsere Stunde ist gekommen. Überall, da wo wir auftreten wo unsere Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen und einige Gewähr bieten für unseren Kampf, marschiert unsere Sache. Die Aufgabe der ABPD. innerhalb der Front des arbeitenden und werteschaffenden Volkes wird immer klarer. Im Ansturm der Reaktion sind wir die sicherste Garantie für eine entscheidende Abwehr, wenn wir zu arbeiten verstehen. Versäumt keine Stunde, in allen Gruppen an die verstärkte Arbeit. Mit verdoppelter Kraft müssen wir das verlorene Tempo wieder einholen.

Über unsere weiteren Versammlungen im westfälischen Bezirk werden wir berichten. Ganz Westfalen muß unsere Hochburg werden. Es muß sich westfälische Treue und Zähigkeit bewähren. Vorwärts, baut, stürmt und erobert!

Weitere Versammlungen mit Paul Feltrin im Landesverband Westfalen.

Von der Kreisleitung Dortmund waren in Verbindung mit den betreffenden Ortsgruppen noch Versammlungen vorbereitet in Langendreer, Witten, Bochum, Hörde. Alle Versammlungen dürfen als glänzende Erfolge verbucht werden. Teilweise waren es machtvolle Kundgebungen für unsere Sache. Aus Raummangel können wir leider nicht ausführlicher darüber berichten. Die gemachten Erfahrungen sollen noch besonders verwertet werden. An dieser Stelle muß nur noch der treuen Pioniere unserer Sache gedacht werden, die unermüdlich und opferbereit diese Versammlungen und Erfolge möglich gemacht haben. Freunde, erlahmt nicht! Unsere Zeit und Stunde kommt erst noch. Weiter vorwärts. Die gestellten Pläne durchgeführt. Wir müssen siegen!

Landesverband Württemberg

Stuttgart. Jeden Montag abends 8 Uhr ist Versammlung im Lokal Gewerkschaftshaus, Eßlingerstr., Saal 2, Eingang durch die Tageswirtschaft. Bringt Freunde mit. Leser des Neuen Volkes und Gäste herzlich willkommen.

DER GUTE UND WOHLFEILE BODENBELAG

Stragula

in großer Musterauswahl.

Stückware 200 cm breit qm ℳ 1[89]

Läufer . . . . Meter von ℳ 1[17] an

Teppiche . . . . . von ℳ 8[10] an

Vorlagen . . . . . . von 67 ₰ an

Muster auf Wunsch zu Diensten.

Versand von ℳ 20.- an portofrei.

Wilhelm Zapff

WÜRZBURG, Kaiserstraße, Ecke Juliuspromenade.

Bücherbesprechungen.

„Unges[illegible]m und vitaminreich"

V[illegible]g für angewandte Lebenspflege, [illegible] Pahl, Dresden.

Menschwerden, Lebens[illegible]rtun[illegible], [illegible]lich wie körperlich, das [illegible] der Weckruf [illegible]er neuen Generation. Eine still[illegible] Revolution des alten, verfaulenden Lebens hat begonnen und [illegible]ll ringen sich Vernunft und [illegible]lich-gemäßes Le[illegible]nsprinzip durch. [illegible]n braucht kein Fanatiker [illegible] sein, um anzuerkennen, daß in den Bestrebungen zu neuer Lebe[illegible]eise, weg vom An[illegible]chwemmten, Fettbäu[illegible]gen, zum gesunden Menschentum mehr liegt, als nur eine Ernährungsfor[illegible]. Diese Ernäh[illegible]ngsform [illegible] sittliche [illegible] un[illegible] sittliche Kraftauswirkun[illegible]. Das Buc[illegible] ist ein Kochbuch, das die[illegible] Ziele dienen will. In der Kü[illegible] hat ein[illegible] [illegible]n zu beginnen. Sage [illegible] was Du [illegible], und ich sage [illegible] wie Du bist. Das Kochbuch bringt der Hausfrau eine Fülle von [illegible], wie Speisen für jeden Tag [illegible] [illegible]lich, [illegible], [illegible] der L[illegible] [illegible] hergestellt werden können un[illegible] [illegible]lt sich deshalb in die Front jener Bücher, die wir als die Bücher der neuen Menschheit be[illegible] können.

V. H.

Kennst Du schon den Samariter?
Bist Du schon Mitglied?
Hast Du schon für Hessenthal etwas gegeben?
Wende Dich heute noch an den „Barmherzigen Samariter", Volkertshausen/Baden.
Postscheckkonto Karlsruhe 19450.

Bücher über Armenien:

Dr. M. Kritschian, Deutschland und die Ausrottung der Armenier in der Türkei (brosch) 1.—
Armenien. Ein Bericht der deutsch-armenischen Gesellschaft zur Tagung des Völkerbundes (brosch) 1.—
Dr. Joh. L[illegible]psius, Der Todesgang d. Armenischen Volkes (brosch.) 3.—
Dr. Joh. Lepsius, Deutschland und Armenien (gebdn.) 4.—

Bestellungen erbittet:

Philipp Zimmermann, Würzburg, Erthalstr. 18.

Postscheckk[illegible]to Nürnberg 23467.
Voreinzahlung des Betrages oder Nachnahme.

Kauft Bücher!

Werke, die wir im Vertrieb haben:

Peter Riß: Stahlbad anno 17 (Das gewaltige Antikriegswerk)	6.—
Remarque: Im Westen nichts Neues	4.—
Remarque: Der Weg zurück	5.—
Vier von der Infanterie	2.80
Rud. Geist, Der anonyme Krieg, Leinen	6.50
H. Brandt, Trommelfeuer	2.50
Die blutige Internationale	1.50

Versand auf Rechnung nur an Freunde, die wir kennen, sonst nur gegen Nachnahme. Verlag „Das neue Volk".

PIRAT FALTBOOTE

SEGEL-ZELTE

mit der vielseitigen gediegene Wanderausrüstung, dabei ganicht teuer. Prospekt sofor kostenlos.

MÜNCHENER FALTBOOTBAU G. M. B. H.
München 25 — Hofmannstr. 50

Vertr.: Rudolf Genheimer, Würzburg, Sieboldstr. 5

Yomasieren genannt zur SUPINATOR FUSSPFLEGE

Hühneraugen, Hornhaut, eingewachsene Nägel, werden schmerzenfrei und gefahrlos, ohne Messer, in meinem Supinatorium fachmännisch behandelt

Meermanns Schuhsohlerei
Inh. Georg Haaß
Franziskanerg. 8 Telefon 3870

Ihr Wunsch geht in Erfüllung!
Ab nächster Nr. erscheint die SRZ Südwestd. Rundfunk-Zeitung in neuer Aufmachung!
Verlag der SRZ Frankfurt-M

Herunter mit dem Blutdruck!

Naturreiner Knoblauchsaft ist ein hervorragendes Mittel gegen Arterienverkalkung, Herzbeschwerden, allgem. Mattigkeit, Zucker, Rheuma, Gicht, Asthma, Magen-, Darm-, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer etc. Schützt Sie gegen vorzeitiges Altern. Darf in keiner Familie fehlen! Zusendung erfolgt kostenfrei. Bestellen Sie heute noch durch Postkarte: „Ich ersuche um Zusendung von ... Fl. naturr. Knoblauchsaft. 1 Fl. RM. 2.50, 3 Fl. RM. 6.—, 4. Fl. RM. 8.20.

Fritz Fondy, Stuttgart, Silberburgstr. 156 C.

Würzburg / Umgebung
Eintritt im Juli kostenlos

Heraus aus der Mietswohnung zum zinsfreien Eigenheim!

Dies ist möglich durch den Abschluß eines Bausparvertrages zum Bau eines Eigenheimes, Ablösung von Hypotheken, Kauf von Althäusern u. dergl. Schreiben Sie an die

Süddbayerische Bausparkasse e. G. m. b. H.
Bad Wörishofen, Singerstr. 15.

Ehrliche Vertreter überall gesucht. Spar- und Privatgelder werden bei günstiger Verzinsung entgegen genommen.

Die **Werkbund-Druckerei St. Tönis**

fertigt sämtl. Drucksachen den Freunden der A.B.P.D. Allen Organisationen der Einheits-Kampffront des schaffenden Volkes gewähren wir außer billigsten Preisen noch einen besonderen Rabatt.

Anschrift:
WERKBUND-DRUCKEREI ST. TÖNIS

Dortmunder-Anzeigen.

Garantiere für jede einzelne Dose meines **Ia. Fußbodenlackes.** An Haltbarkeit u. Schönheit kann derselbe nicht übertroffen werden.

W. Dierkes, Dortmund-Hombruch
Bahnhofstraße 74

◄ Koks! ►

Unsere Sommerpreise:

Grobkoks	ab Werk M. 1.80	frei Keller	M. 2.10
Nußkoks	„ „ M. 1.—	„ „	M. 1.30
Perlkoks	„ „ M. 0.70	„ „	M. 1.—

Heizwert 6870 Kalorien.

Baustein-Werk G. m. b. H.
Würzburg 7 Telefon 5487

Schreibmaschinen neu und gebraucht
speziell: Adler und Continental
Wochenraten von 5 Mk. an
Christian Schmitt
Würzburg
Kaiserstraße 12.

ERICH HERBERHOLZ DORTMUND-HOMBRUCH
Kohlen · Koks · Briketts · Brennholz
Anthracit der Zeche Langenbrahm
Büro und Lager: Dortmund-Bochum, Luisenschachtstr. 1[illegible]
Fernruf 22783

Werbt für „Das neue Volk"!

Wer nie inseriert Geld verliert

Unsere Freunde kaufen bei
HEINRICH JOST
Schreibwaren, Einrahmungen, Buchhandlung u. Buchbinderei
DORTMUND-HOMBRUCH
Harkortstraße 86